

Volkstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Stübke, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 1111. — Für Inserate 1927, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste L. Nr. 17, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Postung 12,00 Mk., monatlich 4,00 Mk. Beim Abbestellen Betrag und den Ausgabenstellen vierteljährlich 11,50 Mk., monatlich 3,85 Mk. Bei den Wohnstätten viertel. 12,00 Mk., monatlich 4,00 Mk. ohne Postgeb. Einzelne Nummern 25 Pf. — Einzige Ausgabe: die Tageszeitung „Morgenblatt“ 1,00 Mk., im Restamt 1,50 Mk. Verlagspreis: 25 Pf. Anzeigen-Kontak geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postbestellnr. Nr. 2264 Berlin.

Nr. 123.

Magdeburg, Sonnabend den 29. Mai 1920.

31. Jahrgang.

Die eingestampfte Metallarbeiter-Zeitung.

Vor rund sechs Monaten hatten die Unabhängigen den Kampf innerhalb des Metallarbeiterverbandes auf den Höhepunkt getrieben. Der „konterrevolutionäre“ alte Verbandsvorstand wurde auf der Stuttgarter Tagung abgesetzt und Brandes wie Dikmann setzten sich auf die Stuttgarter Stühle. Sie kündigten eine neue Ära gewerkschaftlicher Entwicklung und gewerkschaftlicher Taktik an. In der von der unabhängigen Mehrheit angenommenen, von Dikmann begründeten Resolution verabschiedeten sie Haltung und Politik des Verbandes konsequent „auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sichern Siege des Sozialismus zu führen, mündend in der siegreichen Weltrevolution des Proletariats“.

Brandes, Dikmann und Richard Müller, der Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“, haben damals erklärt, daß diese Forderungen sofort durchführbar seien. Heute sind sie sechs Monate lang unbeschränkte Herren im Vorstand. Kein Sozialdemokrat, kein „konterrevolutionärer Gewerkschaftsbosse“ hat sie gehindert, dem Aufbau der großen Industriearbeiterorganisation der Metallindustrie zu beginnen, die Kopf- und Handarbeiter umfassen soll. Wo ist sie? Niemand wäre ihnen in den Arm gefallen, wenn sie den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaften, gegen die „Inflationspolitik“ der Gewerkschaften, gegen den gewerkschaftlichen Bürokratismus aufgenommen hätten. Aber bis heute hat

noch niemand Daten gesehen, die beweisen, daß der unabhängige Metallarbeiterverband in die neue Ära des richtiggehenden revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems eingetreten ist.

Nur eine Kleinigkeit hat sich geändert: die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung. Aus ihr dröhnen seit sechs Monaten die Donnerworte, mit denen die „verräterische“, „gegenrevolutionäre“ alte Gewerkschaftsbureaucratie in Grund und Boden verdammt wird. Aber merkwürdigerweise haben die Brandes und Dikmann auf einmal die Freude an dem „radikalen“ Getöse ihres Freundes Richard Müller gründlich verloren. Es ist eben unangenehm, wenn in seiner eignen Zeitung immer wieder auf die verderbliche, verräterische Wirkung des Gewerkschaftsbürokratismus, der Zirkularpolitik an Verwaltungsfunktionäre mit Warnungen, Mahnungen, Abmurrken von Streifen usw. hingewiesen wird — während die Brandes und Dikmann diese „Wozgen“ taktisch anwenden und ausgebaut haben wie nie zuvor im Metallarbeiterverband. Wo bleibt da die Erweiterung der Rechte der Mitglieder?

Das „Hamburger Echo“ hatte einmal diese

Differenzen zwischen der unabhängigen Redaktion und dem unabhängigen Verbandsvorstand erwähnt. Brandes brachte damals den Mut auf, die gesamte Mitgliedschaft über die Meinungsverschiedenheit zu täuschen und die Andeutungen des „Hamburger Echo“ als einen „niederrückigen Schwindel“ zu bezeichnen. Und Richard Müller stellte damals schleunigt fest, daß er keine „scharfe Rüge“ erhalten habe und daß dazu der Vorstand auch kein Recht besitze.

Das war am 13. März. Am 19. Mai aber schrieb der unabhängige Heinrich Malzahn in der unabhängigen Berliner Freiheit in einem Artikel „Industrieverband, Räteorganisation oder Arbeitsgemeinschaft?“:

Was tut der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes? Als Richard Müller in der „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 18 in einem Artikel „Unternehmerfreiheit“ diese „Musterarbeitsordnung“ (Entwurf des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller) einer scharfen Kritik unterzog, beschlagnahmen die Vorstände die Zeitung. Ein vierhunderttausend Exemplars mußten wieder angekauft werden — und das alles, damit die „wirtschaftsfriedlichen Verhandlungen“ nicht gestört wurden! So weit wären wir denn glücklich.

So schlimm wird's schon nicht gewesen sein, wird mancher denken. Brandes, Dikmann und Richard Müller waren doch in Stuttgart ein Herz und eine Seele, und schließlich ist das Einstampfen von einigen hunderttausend Zeitungen doch eine recht kostspielige Sache.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ hat eine Millionenaufgabe. Nehmen wir an, daß nur 600 000 Exemplare gedruckt waren, so betragen die Unkosten mindestens 100 000 Mark. Das ist

nach dem Überlaß des Berliner Metallarbeiterstreikes doch kein Pappenstiel.

Und so etwas sollten Brandes und Dikmann befohlen haben und noch dazu zu dem Zwecke, nicht etwa um den „revolutionären Klassenkampf“ zu fördern, sondern um Verhandlungen mit dem Verbands der Metallindustriellen nicht stören zu lassen? Also aus reinem Opportunismus, aus Rechnungsträgerei.

Sie haben es doch getan. So schmerzlich es Brandes und Dikmann fällt, sie müssen Farbe bekennen und ihre

Schuld eingestehen.

In Nr. 22 der „Metallarbeiter-Zeitung“ werden in einer „Abwehr“ notig des Vorstandes die Vorwürfe Malzahns bestätigt, wird zugegeben, daß die hunderttausende Zeitungsnummern vernichtet worden sind. Und der Grund? Danach befand sich der Vorstand

„in einer Kampfverhandlung, die auf Grund der geschlossenen Macht des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller erzwungen worden war. Der Artikel mußte zurückgehalten werden, bis die Verhandlungen zu einem gewissen Abschluß gekommen waren, was ein jeder Kollege, besonders in der jetzigen wirtschaftlichen Situation, ohne weiteres verstehen wird“.

So sieht also der „revolutionäre Klassenkampf“ der Brandes, Dikmann usw. aus! So die auf Grund der „geschlossenen Macht“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes von den Metallindustriellen erzwungene Kampfverhandlung! Diese Macht ist so groß und der Mut der revolutionären Klassenkämpfer so stark, daß man wegen der Bezeichnung „Unternehmerfreiheit“

die eigne Zeitung unterdrückt,

den eignen Klassengenossen opfert (Müller zeichnet als Redakteur nicht mehr), nur um die Verhandlung mit der Unternehmerorganisation nicht scheitern zu lassen.

Außerdem: wie Brandes und Dikmann über die von den Unabhängigen betriebene Betriebsrätezentrale jetzt denken, geht aus der Notiz ebenfalls hervor:

Die organisierten deutschen Metallarbeiter fordern die Diktatur des Proletariats, sie sind nicht gewillt, sich unter die Diktatur einer Führerorganisation, wie sie die Betriebsrätezentrale aufzurichten versucht, zu beugen, genau so wenig, wie sie sich der Inflationspolitik beugen unterwerfen. In dieser Frage werden wir dem Kollegen Malzahn und seinen Hintermännern bei Gelegenheit einmal näherkommen. Wir beiseite nicht eine Leithammelerei, um eine andre an diese Stelle zu setzen.

Schon! Leithammelerei wollen Brandes und Dikmann nicht dulden, sie selber aber werfen sich nicht nur zu Leithammelern, sondern zu Diktatoren auf. Sie lassen hunderttausende von Zeitungsnummern vernichten, damit die Metallindustriellen nur nichts

von ihrem revolutionären Kampfesmut

erfahren.

Angesichts dieser rechnungsträgerischen Handlung des unabhängigen Verbandsvorstandes sollten sich die Metallarbeiter doch einmal überlegen, ob dieser „neuen“ Taktik wegen es notwendig war, mit einem so ungeheuern Aufwand an Kraft, persönlichen und materiellen Opfern die Metallarbeiter in zwei Lager zu spalten, was doch sicher nicht zu einer innern Kräftigung beigetragen hat. Ob es wirklich im Interesse der Gewerkschaft lag, die Kollegen mit Schimpf und Schande davonzuführen, die ihr Leben lang für den Metallarbeiterverband gearbeitet und ihn zu der Macht und Bedeutung geführt haben, die er mit Recht im deutschen Wirtschaftsleben einnimmt.

Das Einstampfen und Verbieten der Zeitung wegen eines kritisch gehaltenen Artikels gegen die Unternehmer ist zweifellos ein Ausfluß opportunistischen Denkens.

Rechnungsträgerei und Opportunismus

waren die Hauptvorwürfe, die Brandes und Dikmann gegen die alten Gewerkschaftsführer — mit Unrecht — erhoben. Weil sie versprachen, durch eine andre, bessere, revolutionäre Taktik größere Erfolge zu erzielen, haben die Metallarbeiter Brandes und Dikmann Gefolgschaft geleistet. Was müssen sie nun erleben? Es ist schlimmste Rechnungsträgerei, eine durch und durch opportunistische Handlungsweise, wenn der Vorstand die Redaktion unter Zensur stellte, weil ein Artikel geeignet erschien, im Gange befindliche Verhandlungen zu stören. Uebrigens erinnern wir uns, daß

mit der fast wörtlich gleichen Begründung Rapp und Rittwitz am 18. März das Erscheinen sämtlicher Berliner Zeitungen verboten haben.

Differenzen zwischen Redaktionen und Verbandsleitungen gab es in der Arbeiterbewegung schon öfter. Zu so diktatorischen Mitteln zu greifen, wie das Einstampfen ganzer oder halber Auflagen der Verbandszeitung, nur weil ein Artikel die Unternehmer verächtlich machen könnte, nur weil ein Vorstand am Verhandlungstisch saß, das blieb den Brandes und Dikmann vorbehalten. 100 000 Mark Verbandsgebelde, mühsam durch Beiträge aufgebracht,

zum Fenster hinauszuerwerfen,

um Verhandlungen nicht zu stören — ist das eine revolutionäre Handlung? Brandes und Dikmann glauben, solche Summen opfern zu müssen, nur um einen — noch durchaus nicht sichern — Verhandlungserfolg zu erzielen.

Wahrlich, ein böser Beweis von Rechnungsträgerei nach all den großen, starken Worten vom revolutionären Kampfe, von der angriffswissen Führung der Metallarbeiter durch die Brandes und Dikmann, deren „revolutionäre“ Taktik in kürzester Zeit die Ueberwindung des Kapitalismus, die siegreiche Weltrevolution herbeiführen werde.

Mit dem Vernichten einer Zeitungsaufgabe kommt man der Weltrevolution nicht näher, noch überwindet man den Kapitalismus, wenn man die Unternehmer vor einer Kritik schützt. Mit 100 000 Mark ist diese „revolutionäre“ Tat recht teuer bezahlt. Es müssen viele Arbeitergroßden zusammengekauert werden, bis sie die 100 000 Mark wieder ersetzt haben. —

Die Putschgelüste der Freikorps.

Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Weichmann, hat Berliner Pressevertretern gegenüber geäußert, daß die Putschgefahr von links stark übertrieben sei, da weder die unabhängige noch die kommunistische Partei Putsche vorbereite. Die kommunistische Arbeiterpartei sei allein dazu zu schwach. Auch die Reichsarbeitern lehnten Putsche ab, dazu müsse man ihnen den Vorwurf machen, daß sie nicht deutlich genug von revolutionierenden Elementen abriden. Das ist das gleiche Spiel wie am 18. März.

Wesentlich ernster ist die Gefahr durch die aufgelösten und aufzulösenden Freikorps. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß „aufgelöste“ Truppen in geschlossenen Formationen von Westfalen nach Berlin kommen und unter Führung ihrer Offiziere wie legale Truppen bewaffnet durch die Stadt ziehen.

Der Reichskommissar ist bereits wegen schnellerer Durchführung der Entwaffnung und Auflösung an den Reichswehrminister herangekommen. Ueber die Ziele des sogenannten „Frontbundes“ ist man noch nicht im Klaren, es steht aber fest, daß er außerordentlich gefährlich ist.

In Berlin hat eine geheime Tagung des „Frontbundes“ stattgefunden, bei welcher ausdrücklich mitgeteilt wurde, daß der „Frontbund“ von der Schwerindustrie finanziert wird.

Unser Parteiblatt in Münster berichtet über eine Unterredung mit einem Unteroffizier Stolberg von der Brigade Ehrhardt, der als Agitator für den „Frontbund“ auftritt. Auch dieser bestätigte die Finanzierung durch Schwerindustrie und Agrarier. Ueber die Aufgaben des „Frontbundes“ erzählte Stolberg: Der „Frontbund“ sei an sich völlig unpolitisch, aber nach den Wahlen gebe es nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Regierung, in der die Deutsch-nationale Volkspartei überwiege oder, wenn das nicht zustande kommen sollte, eine Militärdiktatur. Eine Regierung aus den jetzigen Mehrheitsparteien werde der „Frontbund“ unter keinen Umständen dulden. In acht Wochen würden wir allerlei Dinge erleben. Vom Osten käme das Zeichen zum Losschlagen. Die Offiziere ständen selbstverständlich hinter der Sache, die Mannschaften noch nicht durchweg, sie würden aber hoffentlich auch noch gewonnen werden; ebenso wie es schon alle Freiwilligenformationen seien.

Das Ende des polnischen Abenteuer.

Nach einigen, vorläufig noch nicht offiziell bestätigten Nachrichten scheint die Niederlage des polnischen Offiziersgels vollständig zu sein. Der russische Vormarsch wäre danach bis vor die Tore von Minsk vorgetragen worden, das Gebiet von Wilna soll von der polnischen Heeresleitung als Kriegszone erklärt worden sein. Auch im Westen ist der russische Vormarsch nach diesen Meldungen noch nicht zum Stehen gekommen. Die

Soll sich hauptsächlich wieder in den Händen der Bolschewisten befinden, weslich von New bringen die Sowjetbeere weiter vor.
Wie in Europa, so ist auch auf dem Kleinasiatischen Kriegsschauplatz die Lage Sowjetrußlands weiter günstig. Der Einbruch in persisches Gebiet hat die Entente (vor allem die Engländer) veranlaßt, Teheran, die persische Hauptstadt, zu räumen. Zwischen Persien und Rußland schweben Verhandlungen über die Anknüpfung diplomatischer und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. Die Bedrohung Armeniens durch Sowjetrußland ist nach Eroberung von Alexandropol, der wichtigsten Stadt an der den Kaukasus durchschneidenden Nordbahn, brennend geworden. In England sieht man dieser Entwicklung der Dinge nicht ohne Sorge entgegen.

Die „blöde Masse“.

In einer Betrachtung über die Schlußtagung der Nationalversammlung schrieb die „Tägliche Rundschau“, Organ der Deutschen Volkspartei, in ihrer Abendausgabe vom 21. Mai: Über mit weit mehr Recht könnte man heute sagen: die verfassunggebende Nationalversammlung war, wenn man von den wenigen hervorragend staatsmännischen Ausnahmen unter ihren Mitgliedern abliest, die sich vereinigt sogar auf der linken gegen die blöde Masse, die potentielle Bosheit und Dumheit der Verfälscher und der Verführten des 9. November.

Deutlicher kann man sich nicht ausdrücken. Klischee ist nur, warum die Deutschnationalen sich jetzt im Wahlkampf so krampfhaft um die Stimmen der „blöden Masse“ bemühen. Als Stimmbild ist sie ihnen aufeinander immer noch gut genug. Hoffentlich wird dem reaktionären Geschlecht am Wahltag die richtige Antwort zuteil!

Deutsche Pinterkons.

Die echten und Original-Pinterkons sind bekanntlich jene Garden, die sich das amerikanische Kapital als Privatpolizei zum Schutze gegen Ansprüche der Arbeiter warb. Die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung berichtet auf jedem Blatte von der gewaltigen und brutalen Tätigkeit der Pinterkons.

Seit einiger Zeit prangt in allen Städten Deutschlands ein Nelemafflat für eine Pinterkons-Gesellschaft an den Litzsäulen. Die „Freiheit“ bringt diese Gesellschaft jetzt in offene Verbindung mit der Lockspindelwirtschaft, die sich seit einiger Zeit wieder breit macht. Sie spricht davon, daß die Schröder-Maschine, die in Halle als Lockspindel entlarvt wurde, auch den berühmtesten Putz in Sangerhausen auf dem Gewissen habe, der bekanntlich letzten Endes auf einen Wank raus hinauslief. Die „Freiheit“ bringt dann über die Spitzelzentrale Einzelheiten, die des Interesses nicht entbehren:

Bei dieser Gelegenheit ist es angebracht, die Öffentlichkeit wieder einmal auf die Tätigkeit der berühmtesten Antibolschewistischen Liga zu lenken. Diese hat seit mehreren Monaten ihren Namen gewechselt und sich unter der Firma Pinterkons-Gesellschaft neu etabliert. Angeblich beschäftigt sich diese Gesellschaft jetzt mit der Verfolgung von kriminellen Verbrechen. In der Schellingstraße 2 in Berlin, dem früheren Sitz der Antibolschewistischen Liga, ist zum Schein ein derartiges Detektivbüro etabliert, die Hauptarbeit, die Verfolgung und Abschließung der Arbeiterführer — wird aber in der Oranienburger Straße 67 verrichtet. Dort ist das politische Geheimbüro der Reichspartei, von dort aus werden die Agenten nach ganz Deutschland geschickt; dort sind die Millionen der Scherindustrie, bestimmt für den Zweck, die politische Atmosphäre für das Gelingen des Rechtsputsches zu schaffen.

Die Pinterkons-Gesellschaft ist also nichts weiter als eine politische Geheimorganisation, die unter der Maske, Verbrecher zu verfolgen, Putz und Aufstände zu provozieren versucht, wie es schon die Antibolschewistische Liga getan hat. Der Hauptleiter für Berlin und das Reich ist das frühere Mitglied des Volksgesetzrats Gerhard, der unter dem Namen Dr. Gärtner auftritt und als solcher besonders während der Januar- und Märzämpfe wiederholt ungeschehene Verhaftungen vornahm. Weiter arbeiten in der Berliner Zentrale an hervorragender Stelle der Mittelmeister v. Gütlich, Major Bernat, Major Hoffmann. Filialen bestehen in allen größeren Orten Deutschlands. Auch dort sind die Leiter ehemalige Offiziere. Das Nachrichtenmaterial, das von einer großen Schaar exprobiert Spitzel erfunden und gesammelt wird, wird von der rechtsstehenden Presse, die diese Organisationen ganz genau kennt, bearbeitet.

Diese Mitteilungen haben den Vorzug der Wahrscheinlichkeit. Und wenn die konservative Presse heute es so darzustellen sucht, als habe die entlarvte Schröder-Maschine „im Dienste der Entente“ als Spionin gestanden, so würde das, selbst wenn es stimmte, nicht ausschließen, daß sie gleichzeitig im Dienste jener kapitalistischen Kreise gestanden habe, die in Deutschland auf keinen Fall eine Ordnung entstehen lassen wollen, die sie nicht diktiert haben. Daß diese kapitalistischen Kreise seit langem nach einem bestimmten Plan arbeiten, um die Arbeiterklasse zu zersplittern, das Bürgertum zu verängstigen und aus diesem Zustand dauernder Nervosität politischen Vorteil zu ziehen, mußte jedem Sehenden klar sein. Aber die Zahl der Starblichen ist gering in der Zeit der ausgewählten Leiden. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß sich heute die Brüder von gestern, der Spartakusbund und die K. A. P., gegenseitig vorhalten, ihre Reihen seien von Lockspindeln durchsetzt! Die „komm. Arbeiterzeitung“ weist gegenüber der „Morgen Post“ darauf hin, daß die Schröder-Maschine „vor noch nicht allzu langer Zeit in nächster Beziehung zu einem Mitgliede der Reichszentrale des Spartakusbundes stand“.

Gegen Pinterkons und ähnliche Geister sichert nur die planmäßige Arbeit, wie sie in der deutschen Sozialdemokratie geleistet wird. Nur der den Weg der Entwicklung innehält, nicht aber den des Putschismus einschlägt, ist kein geeignetes Objekt für Lockspindel. Die Geschichte der Partei aus der Vorkriegszeit beweist, wie man mit solchen Eindringlingen fertig wurde. Aber wie damals muß es auch heute wieder für jeden denkenden Arbeiter heißen, der auf besonders radikale Mißt: Vorsicht! Lockspindel! Diesen Scheinabteilungen gegenüber ist schärfstes Misstrauen eine Tugend.

Die Pinterkons-Gesellschaft befreit natürlich, daß diese Mitteilungen zutreffen. In unserm heutigen Kaiserateil veröffentlicht sie eine Verächtigung, die beweisen soll, daß ihre Tätigkeit in politischer Hinsicht ganz harmlos sei. Auf die eigentlichen Behauptungen wird vorsichtigerweise nicht eingegangen. Das von der Pinterkons-Gesellschaft zu halten ist, geht aus

Mitteilungen hervor, die ein Eingeweihter dem „Vorwärts“ macht. Danach ist das Berliner Bureau der Pinterkons im ehemaligen Bureau der „Verbindung zur Bekämpfung des Bolschewismus“ untergebracht. Der Leiter dieses Bureaus war Mittelmeister v. Gütlich, der jetzt im Berliner Bureau der Pinterkons sitzt. In diesen Büros war zeitweilig auch der Reichsbürgererrat und der Vertrauensausschuß für sämtliche antibolschewistischen Verbände untergebracht. Es ist also Grund genug, recht mißtrauisch der Arbeit der Pinterkons-Gesellschaft gegenüber zu stehen.

Albdeutsche über das „Recht des Siegers“.

Im „Vorwärts“ (Jahrgang 1918, Oktoberheft) schrieb der General der Kavallerie Freiherr von Gersdorff, zweiter Vorsitzender des Albdeutschen Verbandes, wörtlich folgendes:

Der Ring der selbstlichen Mächte hat geglaubt, die vermeinte Bedrohung der eignen Machtstellung nur mit dem Schwerte abwehren zu können. Dann war es seine Pflicht, zur ultima ratio (zum letzten Mittel) zu greifen; er hat gemeint, und nach siegreich beendeten Kriege zerrückeln zu müssen; das wäre sein Recht, das Recht des Siegers gewesen; er hat den Krieg mit einer beispiellosen Wildheit und Grausamkeit geführt: Das war der Ausdruck altererbter Abneigungen und Liebe. Nirgendes also ein Grund, ihn deswegen zu hassen; nirgendes aber auch auf der andern Seite ein Anlaß, ihn zu schonen und ihm mit unangebrachter Milde zu begegnen.

Das sagten Albdeutsche als Antwort auf die sozialdemokratische Forderung eines Verständigungsfriedens. Sie wollten deshalb Ebert und Scheidemann auf den Sandhaufen stellen.

Die Albdeutschen, unsere heutigen Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiler, haben dem Gegner das „Recht“ auf den Versailler Frieden zugestanden.

Deutsche Wähler, denkt daran am 6. Juni!

Die Preisbewegung.

Im „Vorwärts“ finden wir diese Ausführungen: Der Lebensmittelhandel befindet sich seit einigen Wochen in begreiflicher Aufregung. Seit ungefähr 14 Tagen sind sämtliche Lebensmittel unaufhaltsam im Preise gesunken, herbeigeführt durch die ständig fallende Waluta und das Ueberangebot von bisher im Schleichhandel zurückgehaltenen Landesprodukten. Dazu ist in Hamburg infolge der starken Zufuhr aus dem Ausland im Großhandel eine Panik ausgebrochen, die unaufhaltsam weiter schreitet. Die Hamburger Großhändler bitteln sich nun, die Läger zu jedem Preise zu räumen, trotz der sehr erheblichen Verluste, die ihnen dabei erwachsen. Tagtäglich treffen in Berlin, von Hamburg kommend, Eisenbahnzüge mit Lebensmitteln ein.

Am härtesten betroffen durch den Preissturz sind die Kommunen, die in ungeheurer Menge Nahrungsmittel und Hilfsstoffe beschafft haben und nun gezwungen sein werden, diese Waren mit mindestens 30 bis 40 Prozent Verlust zu verkaufen. Besonders kritisch für die Kommunen ist die Situation auf dem Fettmarkt. Die behrlichen Fett- und Margarine-Läger sind mit ungeheuren Warenmengen gefüllt, die Preise aber, die für Margarine und Fett beim Einkauf bezahlt wurden, sind heute erheblich zurückgegangen. Mit einem schnellen Abfall der Preise durch die Freigabe kann bei den heutigen Preisstürzen nicht mehr gerechnet werden, und so wird zurecht an maßgebenden Stellen die Freigabe des Fettes und Margarinehandels erwogen. In Großkreuzen rechnet man damit, daß diese Freigabe in allernächster Zeit erfolgen wird. Die Preise für Hülsenfrüchte sind von 4 bis 6 Mark pro Fund im Kleinhandel innerhals der letzten 3 Tage auf die Hälfte zurückgegangen. Hierzu wesentlich beigetragen hat die bereits erwähnte Räumung der Hamburger Engros-Läger, aus denen Niesenposten nach Berlin gekommen sind. Reis, der im Großhandel noch vor kurzem 11 Mark pro Fund kostete, ist auf 6 Mark gesunken. Mindere Qualitäten werden bereits zu 4 Mark und darunter gehandelt. Auf den Wagen ist guter Reis heute schon mit 4 und 5 Mark erhältlich. Ebenso sieht es auf dem Seefischmarkt aus. Auch hier ist der Preissturz auf dem Hamburger Markt die Ursache für die Verbilligung. Herings werden um 200 Mark pro Faß billiger gehandelt als vor 3 Tagen. Frische Seefische sind in Hamburg auf 75 Pf. und 1 Mark heruntergegangen.

In Magdeburg hat sich die Preisentwicklung auf dem Lebensmittelmarkt noch wenig bemerkbar gemacht. Die Anknüpfungen anderer Bedarfsartikel in den Zeitungen zeigen allerdings eine schnelle Abwärtsbewegung. Leider bringen diese Preisstürze auch eine gewisse, hoffentlich schnell vorübergehende Hemmung im Geschäftsleben. Ein allgemeines Zögern in den Einkäufen von Waren, die der Tag nicht gerade verlangt. Man wartet auf weiteres Sinken. Die Preisentwicklung bedeutet also noch nicht Gefundung des Wirtschaftslebens, sie wird aber hoffentlich eine letzte Krise sein, die der Gefundung vorausgeht.

Der Preisumschlag an den Warenmärkten, der in Deutschland auf einigen Gebieten besonders ausgeprägt durch die Verbesserung der Marktwaluta in Erscheinung tritt, ist an sich eine internationale Erscheinung. In den „Daily News“ (22. 5.) wird eine Zusammenstellung von Nachrichten über Preisrückgänge auf den verschiedensten Gebieten gebracht. An die Spitze gestellt wird der Preisfall für Baumwolle. Es wird dort als Beispiel angegeben, daß ägyptische Baumwolle, die in Manchester im Februar 8 Schilling 3 Pence das englische Pfund kostete, auf 4 Schilling 6 Pence gefallen ist. Ein Fachmann des Baumwollgewerbes bezeichnet den Sturz der Baumwollpreise als das „erste Signal einer Preisentwicklung in der ganzen Welt“.

Sodann wird vom Lebensmittelmarkt berichtet, daß der Londoner Markt Anzeichen für eine bevorstehende Ueberflutung mit Butter und Schmelzfleisch zeige, wenn nicht durch Herabsetzung der Preise der Absatz vergrößert werde. Viele Wiederverkäufer weigern sich heute bereits, die zugeleiteten Rationen abzunehmen, weil sie sie zu den bisher festgesetzten Preisen nicht verkaufen können. Auch die Preise für Geflügel und Schweinefleisch bewegen sich abwärts, ebenso wie die Fischpreise, und für die nächsten 2 bis 3 Wochen wird ein starkes Angebot von Lebensmitteln prophezeit. Als ein Grund für eine allgemeine Preisentwicklung der Lebensmittel wird auch die begünstigende Wirkung der Schiffsfrachten angeführt.

Klassenkampf und Klassenverbündung.

Von den bürgerlichen Parteien wird im Wahlkampf vielfach wieder auf den zerfallenden Charakter der Sozialdemokratie hingewiesen, die durch die Betonung des Klassenkampfes einwärtig eine wahre Klassenverbündung nicht aufkommen lasse.

Selber macht diese Behauptung noch auf einen Teil der Volksgenossen Eindruck. Demgemäß kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß der proletarische Klassenkampf eine gesellschaftliche Notwendigkeit und eine Tendenz, nicht aber ein willkürlicher Akt und ein Prinzip ist. Im Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien hat sich die Sozialdemokratie die Ueberwindung der Klassen und der Klassenherrschaft als höchstes und letztes Ziel gesetzt. Daß diese Ueberwindung über den Weg des ökonomischen und politischen Kampfes erfolgen muß, war die große Marx-Engelsche Entdeckung, die bis heute noch von keinem bürgerlichen Ökonomen oder Politiker widerlegt worden ist.

Der Gedanke der Klassenüberwindung und der Herbeiführung der endgültigen Volksharmonie ist jedem Sozialdemokraten alt und vertraut. Wenn er nochmals auseinandergesetzt werden mußte, so geschieht es nur, um etwa in der Höhe des Wahlkampfes und durch die strapaziöse Agitation unserer Gegner wandelnd genordene Kampfesgenossen auf den Boden der Sozialdemokratie zurückzuführen.

Die Sozialdemokratie zerlegt nicht, sondern sie schafft erst die Möglichkeit zum harmonischen Aufbau.

Sozialdemokratischer Sieg in Hamburg.

Das Gesamtergebnis der Elterntatswahlen vom 16. Mai ist folgendes: In 178 Volksschulen waren 1675 Mandate zu vergeben. Davon erhielten die

Sozialdemokraten 1185 Mandate = 72,1 Prozent, Unpolitischen Listen 844 Mandate = 51,8 Prozent, Unabhängigen 86 Mandate = 5,1 Prozent.

Dieses Ergebnis beweist am besten, was von dem Geschrei über den „katastrophalen Niedergang“ der Sozialdemokraten zu halten ist. In den Wahlen zu den Elterntatswahlen nehmen besonders die Frauen regen Anteil. Das große Vertrauen, das die Hamburger Frauen der sozialdemokratischen Schulpolitik entgegenbringen, kann wohl nicht schlagender bewiesen werden. Der schmachvolle Niedergang der Unabhängigen und Bürgerlichen in Hamburg hätte die „Magdeburger Volkszeitung“ warnen sollen, bevor sie großmäulig wie in ihrem Leitartikel vom 28. Mai behauptet, daß die sozialdemokratische Schulpolitik „ein trauriger Verrat am Bildungshunger und den Bildungsmöglichkeiten der deutschen Volksmasse“ sei.

Unsre Frauen sollten an die Hamburger denken, wenn sie am 6. Juni zur Wahl gehen und wie jene nur den Stimmzettel für die Sozialdemokraten abgeben.

Notizen.

Beschlagnahme der Getreideernte. Auf Grund des Artikels 4 der Reichsgetreideverordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 wird der Vorkauf der Reichsgetreideverordnung für die Ernte 1920 nunmehr amtlich bekanntgemacht. Danach wird das im Reich angebaute Getreide (Brotgetreide, Gerste und Hafer), allein oder mit andern Nahrungsmitteln gemengt, mit der Trennung vom Boden für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk es gewachsen ist. Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf den Halm und die aus dem beschlagnahmten Getreide hergestellten Erzeugnisse, wie Mehl, Schrot, Grieß, Graupen, Gerste, Floren, Malz. Vor der Trennung vom Boden dürfen Kaufverträge über Getreide oder andre auf Veräußerung oder Erwerb von Getreide gerichtete Verträge nicht abgeschlossen werden, wenn nicht der Kommunalverband schriftlich seine Zustimmung erklärt hat. Die Beschlagnahme endet mit dem freihändigen Eigentumsverwerb durch die Reichsgetreidebehörde oder den Kommunalverband, für den die Bezirke beschlagnahmt sind. Uebertragungen dieser Verordnungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark geahndet.

Magdaburg wieder gewährt. Die Nationalversammlung der Reichshochschule hat mit 284 von 411 Stimmen den bisherigen Präsidenten Magdaburg wieder gewählt. Die deutschen Sozialdemokraten und alle sonstigen deutschen Abgeordneten haben weiße Stimmzettel, gemäß dem von uns am Freitag veröffentlichten Beschluß, abgegeben.

Französische Gewaltpolitik. Da im pfälzischen Teile des Saargebietes Wahlen zum Parisischen Landtag nicht stattfinden dürfen, wird dieses Gebiet statt der Abgeordneten drei Abgeordnete nach München schicken, die den Sitzungen beiwohnen werden, und zwar je einen Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, des Zentrums und der Liberalen Vereinigung.

Ein General als Schriftmacher der Sozialdemokratie. Unter dieser Ueberschrift führt die konservative „Post“ bezeichnende Klage, daß Generalleutnant Vöfler im Lande Wahlreden hält und dabei demokratische Grundsätze vertritt. Man stelle sich diese unerhörte Sünde wider den reaktionären Geist vor! Was die „Post“ am meisten verbrießt, das ist, daß dieser ehemalige Generalleutnant und Divisionsführer den Wählern nicht das Märchen von der edelsten Front vorlegt, sondern als Fachmann die wirklich Schuldigen am Unglück des deutschen Volkes bloßstellt und brandmarkt. Sogar den Achtundentag verteidigt er, der sich selbst die Mühe genommen hat, im Bergwerk als Arbeiter die achtstündige Arbeitszeit bei der heutigen Verpflegung zu kosten.

Informationsreise von Italienern nach Rußland. Der sozialistische Ausschuß für über Berlin, Kopenhagen, Neapel nach Rußland abgereist. Es sind drei Vertreter des Arbeiterbundes, der Direktor des „Avanti“, zwei sozialistische Kammermitglieder und ein Vertreter des Verbandes der Konjunktionsgenossenschaften.

Depeschen.

Versammlungen unter freiem Himmel erlaubt.

B. Z. B. Magdeburg, 28. Mai. Die Pressestelle beim Oberpräsidium teilt mit: Der Regierungskommissar und Oberpräsident der Provinz Sachsen hat eine Verordnung erlassen, wonach das Verbot der Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel bis einschließend 6. Juni d. J. aufgehoben wird. Es sind daher jetzt ab Versammlungen jeder Art ohne vorherige Anmeldung, soweit sie sich in gesetzmäßigen Bahnen bewegen, wieder erlaubt.

Eigennachricht.

B. Z. B. Magdeburg, 28. Mai. Die Pressestelle beim Oberpräsidium teilt mit: Die „Hallische Zeitung“ bringt in ihrer Nummer 210 vom 21. d. M. eine Nachricht, die besagt, daß der Reichskommissar Göring und sämtliche Subkommissare in Sachsen von der Reichsregierung ihres Amtes enthoben worden wären. Diese Meldung entspricht in keiner Weise dem Tatsachen und ist von Anfang bis Ende in tendenziöser Absicht erfunden.

Der Wahlkampf.

Die Beamten zur Reichstagswahl.

Der Reichsbeamtenbeirat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat auf seiner Tagung am Freitag den 14. Mai folgende Rundgebung erlassen:

Jahre unerhörter Leiden, die der Krieg über unser Volk und Vaterland gebracht hat, liegen hinter uns. Die Entbehrungen und Opfer, das vergossene Blut und der unerhörte Druck des überspannten imperialistisch fundierten Militarismus führten zur Novemberrevolution 1918, die das deutsche Volk zum freiesten der Welt machte und ihm das Selbstbestimmungsrecht gab. Der alte Klassenstaat ist beseitigt und mit ihm die Schranken, die Geburt, Weib und Besitz zwischen den Volksgenossen aufgerichtet hatten. Aber auch die Beamtenschaft ist aller Fesseln der Verbannung frei und heute politisch gleichberechtigt ein machtvoller Faktor im Kampf um die Erhaltung der deutschen Republik.

Ein Jahr fruchtbarer parlamentarischer Tätigkeit hat das Fundament für unser neues Staatswesen gelegt; erneut soll das Volk an die Urne treten, um den ersten republikanischen Reichstag zu wählen, von dessen Tätigkeit der Bestand und der weitere Ausbau unserer jungen Republik abhängt.

Der Beamtenschaft sind seit der Revolution weitgehende Rechte zugefallen. Neben dem Mitbestimmungsrecht in allen Fragen, die das wirtschaftliche und berufliche Verhältnis der Beamten betreffen, hat eine grundlegende Reform der Besoldungsordnung stattgefunden, mit der eine Reform der Personalverhältnisse in enger Verbindung steht.

Die Rechte der Beamtenschaft sind in der Verfassung sichergestellt und gegen früher, in bezug auf die persönliche Freiheit und den

Aufstieg aller Befähigten,

bedeutend erweitert. Liefgebende Verbesserungen, insbesondere in rechtlicher Beziehung, sind durchgeführt oder noch in der Durchführung begriffen. Viel ist zum Wohle der Beamtenschaft geschehen, aber noch mehr bleibt zu tun übrig.

Beamtenschaft und Beamtenschaftsverbände haben der Erhebung, Besoldungs- und Personalreform, die in den Grundzügen festgelegt sind, bedürfnis des Ausbaues, der dem neuen Reichstag vorbehalten ist. Die dringendsten Verbesserungen haben aber auch gezeigt, in welchen unwürdigen Verhältnissen die Beamtenschaft gelebt und wie ihre Arbeitskraft in der Monarchie unter der Herrschaft der Konserwativen und ihres Anhangs ausgebeutet wurde. Wohl keiner wird sich in die Zeit schmerzester Reaktion zurücksehen, wie es ja auch die standhafte Abwehr des Kapp-Putschs bewiesen hat. Während im Jahre 1908/09 trotz der glänzenden wirtschaftlichen Lage des Reiches für die gesamte Beamtenschaft kaum 100 Millionen zur Aufbesserung der Bezüge angewendet wurden, hat die Regierung heute

10 Milliarden bewilligt

und damit gezeigt, daß ihr das Wohl der Beamtenschaft wie das der werktätigen Bevölkerung insgesamt am Herzen liegt.

Der Kampf der politischen Parteien um die Seelen der Beamten hat begonnen. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen! Empörend ist, daß diejenigen, die infolge Bekämpfung jedes Verständigungsfriedens schuld am Niedergang unsers Volkes haben, jetzt die Aufmerksamkeit vor sich dadurch abzulenken versuchen, daß sie die Wahrheit entstellen und die Schuld den Schuldlosen aufbürden. Nicht die Revolution ist schuld am verlorenen Kriege, sondern der verlorene Krieg durch die Überspannung des Militarismus mußte zur Revolution führen. Nicht der Generalkrieg ist schuld am erneuten Niedergang unsers Wirtschaftslebens, sondern die Verbrecher und ihre Helfershelfer, die Deutschnationalen und Volksparteiler waren es, die am 1. März das Volk erneut an den Rand des Abgrunds brachten.

Der 6. Juni muß eine endgültige Entscheidung zwischen Monarchie und Republik, zwischen altem Obrigkeitsstaat und dem neuen freien Volksstaat bringen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. P. D.) ist die Vorläuferin der freien Beamten.

Der Radikale.

Von Hans Bauer.

Ich sprach mit einem . . . mit einem . . . ja, wie nannte er sich nur gleich! Ach! Ich weiß nur, daß ihm die Kommunistische Arbeiterpartei noch zu lau war.

Ich sagte: „Nun schön! Sie wollen eine neue Umwälzung. Gut. Aber wie glauben Sie, die herbeiführen zu können? Meinen Sie nicht, daß die Anhänger Ihrer Gedankenengänge an Zahl zu gering sind, um diese Umwälzung zu erzwingen?“ Er erwiderte, daß man sich dann eben verbünden müsse. „Aber mit wem denn?“ fiel ich ihm ins Wort.

„Mit den Konserwativen, wenn's nicht anders geht.“ „Aber Sie wären dann zu Konzessionen gezwungen!“ „Wenn dadurch nur die neue Umwälzung erwirkt würde!“ „Und wenn nun die Konserwativen nicht mittun?“ „Dann könnte man sich mit der Entente verbinden!“ „Aber in der Entente herrscht das hochkapitalistische System.“ „Um Konzessionen kommt man eben nicht herum.“ „Ja, aber wie wäre es dann zur Herbeiführung der neuen Umwälzung mit einer Konzession an den demokratischen Gedanken, wenn man um die Konzession schon nicht herumkommt?“

„Sie Kapitalist! Sie Arbeitervertreter! Sie verbürgerlichter Beutegel!“

Versammlungen in Magdeburg

Freitag den 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr.
Buckau im „Admiralspalast“. Referent H. Silber Schmidt, W. d. R. Friedrichstadt, Werber, Berthel, Dessauer und Königsberger Straße im Lokal „Stadt Loburg“. Referent: Landtagsabgeordneter Bräuner, Berlin.

Sonnabend den 29. Mai, abends 7 1/2 Uhr.
Sudenburg in den Sudenburger Festlokalen, früher Eiseller. Referent Frau Minna Vollmann, W. d. R.

Salbte im „Turnplatz“. Referent Landtagsabgeordneter M. Neumann.

Montag den 31. Mai, abends 7 1/2 Uhr.
Remsdorf im „Volksfreund“. Referent Frau Minna Vollmann, W. d. R.

Versammlungen in der Provinz

Wahlkreis Wanzleben.

Sonnabend den 29. Mai, abends 8 Uhr.

Schwaneberg. Referent Genosse H. Silber Schmidt.
Domersleben. Referent Gustav Feil (Magdeburg).
Langenweddingen bei Traume. Referent Genosse Klumbohm.
Wotternsdorf. Referentin Frau Schwenk (Magdeburg).
Diesdorf. Referent Landrat Gehhardt (Burg).
Wanzleben im „Schützenhaus“. Referentin Frau Müller (Magdeburg).

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Am Sonntag den 30. Mai.

Loburg im „Deutschen Hause“. Referentin Genossin Bils (Burg).

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Am Sonnabend den 29. Mai, abends 7 1/2 Uhr.

Dreisleben. Referent Reichstagskandidat Schüle (Wardleben).
Heinrichsberg. Referent W. Tramp, Gauleiter der Kriegsschädigten.
Nordgermersleben. Referent Will Meßler, Reichstagskandidat.
Tzleben. Referent Rudolf Wötter, Landrat.
Sickerleben. Referent Stadtrat Preuß (Neuhaldensleben).
Görxleben. Referent Alwin Schoof (Wadeleben).
Wahlpühl. Referent Wilhelm Ludwig (Magdeburg).
Uchtdorf. Referent Wilhelm Reddigau, Kreisabgeordneter.
Burgstall. Referent Genosse Schilke.
Ummendorf. Referent Genosse Kunzemann.

Am Sonntag den 30. Mai.

Mingsfurt. Abends 7 Uhr. Referent Genosse Hauptlehrer König.
Sandfurt. Nachmittags 3 Uhr. Referent Gen. Hauptlehrer König.
Tibberick. Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse Reddigau.
Wenddorf. Abends 7 Uhr. Referent Genosse Reddigau.
Selle. Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse Ludwig.
Küschern. Abends 7 Uhr. Referent Genosse Ludwig.
Sandbeienndorf. Abends 7 Uhr. Referent Genosse Schilke.
Wiß. Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse Schilke.
Hermisdorf. Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse Joh. Schröder.
Mammendorf. Abends 7 Uhr. Referent Genosse Joh. Schröder.
Sommerfeld. Abends 7 Uhr. Referent Genosse A. Schoof.
Sommerfeld. Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse A. Schoof.
Groß-Santerleben. Referent Genosse R. Preuß, Stadtrat.
Barnleben. Referent Genosse L. Hähnchen, Bezirkssekretär.
Döringleben. Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse J. Kunzemann, Gewerkschaftssekretär.

Wadeleben. Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse M. Uffrecht, Provinziallandtagsabgeordneter.
Ausleben. Abends 7 Uhr. Referent Genosse M. Uffrecht, Provinziallandtagsabgeordneter.

Dahlentwarleben. Referent Genosse Wünschmann, Arbeitersekretär.
Güldenberg. Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse R. Tramp, Gauleiter d. R. d. Kriegsb.

Alleringersleben. Abends 7 Uhr. Referent Genosse W. Röber, Gauleiter d. R. d. Kriegsb.

Wöhringen. Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse W. Meßler, Reichstagskandidat.

Welsdorf. Abends 7 Uhr. Referent Genosse J. Kunzemann, Gewerkschaftssekretär.

Kobbel. Referentin Genossin Frau Müller (Magdeburg).
Weisenleben. Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse W. Röber, Gauleiter des Reichsbundes der Kriegsschädigten.

Althaldensleben. Vormittags 10 Uhr. Referent Genosse W. Meßler, Reichstagskandidat.

Götensleben. Abends 7 Uhr. Referent Genosse L. Hähnchen, Bezirkssekretär.
Samsleben. Abends 7 1/2 Uhr. Referent Genosse W. Meßler, Reichstagskandidat.

Am Montag den 31. Mai.

Neuhaldensleben. Referent Reichsverwaltungsminister Bauer.
Uch. Referent Hauptlehrer König.
Wormsdorf. Referent Gemeindevorsteher Rothnagel.
Gilsleben. Referent Bresseler Burckhardt.
Tersleben. Referent Gauleiter der Kriegsschädigten W. Röber.
Elben. Referent Gewerkschaftsbeamter Kunzemann.

Am Dienstag den 1. Juni, abends 7 1/2 Uhr.

Kehner. Referent Genosse Hauptlehrer König.
Drungberg. Referent Genosse Kreisabgeordneter Reddigau.
Bornstedt. Referent Genosse Stadtrat Preuß.
Draakenstedt. Referent Genosse Alwin Schoof (Wadeleben).
Gutenweg. Referent Gen. Johannes Schröder (Althaldensleben).
Gros-Rodensleben. Referent Gen. Reichstagskandidat Will Meßler.
Wellen. Referent Genosse Arbeitersekretär Wünschmann.
Deendorf. Referenten Gen. Frau Müller und Johannes Kunzemann.

Am Mittwoch den 2. Juni, abends 7 1/2 Uhr.

Parbie. Referent Genosse Wünschmann, Arbeitersekretär.
Gillerleben. Referent Gen. Röber, Gauleiter der Kriegsschädigten.
Süplingen. Referent Genosse Reddigau, Kreisabgeordneter.
Meßberg. Referent Gen. Tramp, Gauleiter der Kriegsschädigten.
Klein-Wartensleben. Referent Genosse Alwin Schoof (Wadeleben).
Schwanefeldt. Referent Genosse Kramer, Kreisabgeordneter.
Jietz. Referent Genosse Mattias, Stadtrat (Neuhaldensleben).
Loitche. Referent Genosse König, Hauptlehrer (Tzleben).
Forsleben. Referent Genosse Kunzemann, Gewerkschaftsbeamter.
Wadeleben. Referent Genosse R. Preuß, Stadtrat (Neuhaldensleben).

Versammlungen.

Durch Demokratie zum Sozialismus.

In einer gut besuchten Wählerversammlung sprach am Donnerstagabend im Rathhaus-Platz Genosse Ritzsch. Redner gab zunächst einen Überblick über die politischen Verhältnisse während und nach dem Krieg und beschäftigte sich dann in der Hauptsache mit der parteischädigenden Tätigkeit der U. S. P. Die hauptsächlichsten Vorwürfe, die dies gegen die alte Partei immer und überall ins Treffen führte, nämlich die unterklassige Sozialisierung u. a., wurden vom Redner beleuchtet. Zur Illustration führte er eine Anzahl von Beispielen an, wo die Sozialisierung wohl unternommen, aber schon nach kurzer Zeit wieder eingestellt werden mußte. Einen besondern Appell richtete er an die Frauen, die am 6. Juni nicht vergessen sollten, wenn sie die politische Gleichberechtigung zu verhandeln hätten. Mit den Worten „Hoch die Rote Arbeiter, für die Revolution, durch die Demokratie zum Sozialismus!“ schloß Redner seine von starkem Beifall begleiteten Ausführungen.

Eine rege Debatte, an der sich auch ein Unabhängiger beteiligte, schloß sich an. Die Ausführungen des Letzteren wurden von der Versammlung nur unter großer Unruhe entgegengenommen. Gegen 11 Uhr konnte der Vorlesende, Genosse Ritzsch, die gut verlaufene Versammlung mit einigen anfeuernden Worten schließen.

Behaupten gegen links und rechts.

Arbeitersekretär Janisch sprach am Donnerstagabend in der „Krone“ (L. Neustadt) über „Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen“. In klarer, prägnanter Weise führte er den Anwesenden vor Augen, welchen Gefahren sie entgegengehen, wenn es nicht gelingt, die Reaktion am 6. Juni ganz gewaltig aufs Haupt zu schlagen. Pflicht jedes einzelnen ist es, die Säuglinge aufzurichten und für unsere Sache zu gewinnen. Leider wird durch den Wählerkampf der Boden für die reaktionären Parteien geebnet. Diese fürchten ja auch nicht die linksstehenden radikalen Massen, sondern die planvoll arbeitende Sozialdemokratie. Weil wir von rechts und links bekämpft werden, müssen wir alles daransetzen, um am Tage der Wahl als Sieger hervorzugehen.

Nach diesem heftig aufgenommenen Referat folgte eine eingehende Aussprache ein, in der mancher Irrtum aufgeklärt und der Drang nach einer recht baldigen Einigung der Arbeitererschaft zum Ausdruck kam. Mit einem begeisterten Aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratische Partei schloß Genosse Ritzsch die Versammlung.

Von den Gegnern.

Deutschnationaler Reinfall.

Am Mittwochabend sprach der deutschnationale Student Markowitsch in Magdeburg über die Reichstagswahlen. Er wertete in üblicher antisemitischer Art gegen die Kriegsgesellschaften, die vorwiegend in den Händen der Juden seien, wendete sich gegen die Koalitionsregierung, besonders gegen die Sozialdemokratie, deren Regierungsmitglieder unfähig seien. Den Kapp-Putsch ludte er von den Köchschöpfen der Deutschnationalen abzuschreiben, lächelte den berühmten „Dolchstoß“ in den Rücken des Heeres“ auf und brachte den alten Wadenhüter wieder zum Vorschein, daß die Sozialdemokratie Hehlergeist, also wilde Ehe anstrebe, wie im kommunistischen Manifest zu lesen sei. Kriegstreiber und Kriegsheber hat zur die Entente gehabt, besonders haben die alldeutschen Lämmlein die ein Friedenswässerchen getrübt.

Zur Debatte meldeten sich neben unserm Redner einige Unabhängige und Kommunisten. Beide sozialistische Richtungen stimmten zu, daß dem Stadtverordneten Genossen Henneberg eine halbe Stunde Redezeit gewährt werde, alle übrigen Redner erhielten 10 Minuten.

Genosse Henneberg richtete einleitend die Frage an den Redner, ob er das kommunistische Manifest gelesen habe. Als Herr Markowitsch die Frage mit ja beantwortet, erklärte Genosse Henneberg, daß er es dann nicht verstanden habe. Marx und Engels haben die treibenden Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung darin dargelegt und geschilbert, wie auch die Ehe der Entwicklung unterliege. Engels habe den Faden in seiner Schrift über den Ursprung des Ehebaues und der Familie weitergesponnen. Es handle sich um die Entwicklung einer Entwicklung, nicht um eine Forderung. Man könne aber an der Behauptung des Redners erkennen, mit welcher unzulänglichen Kenntnis des wichtigsten sozialistischen Schrifttums die Gegner, besonders aber die deutschnationalen Redner, den Wahlkampf bestreiten. In weiteren Ausführungen wies Genosse Henneberg unter lebhaftem Beifall der Versammlung die Heillosigkeit der übrigen Angriffe nach.

Der unabhängige Redner Magdon ging noch einmal auf die Ursachen des Krieges und des Zusammenbruchs ein. Ein kommunistischer Redner trug mit wenig Geschick einige Kleinlichkeiten vor.

In seinem Schlußwort behauptete Herr Markowitsch, der „Vorwärts“ habe geschrieben, „Revolutionen werden gemacht“. Genosse Henneberg rief dem Redner zu: Sie zitieren in Ihrer Unkenntnis der Dinge falsch! Die entsetzliche Pause benutzte er, um ergänzend hinzuzufügen, der „Vorwärts“ habe aus den Erinnerungen Darwins an die Revolution den Satz zitiert: „Revolutionen werden gemacht“ und dagegen polemisiert. Als der Redner darauf erklärte, daß hätte er allerdings hinzuzufügen müssen, wurde die Versammlung unruhig und ging auseinander, denn sie erblickte in der Handlung des Redners eine absichtliche Frenführung.

Unabhängiger Wahlschwindel.

Burg. Als Demagogie muß man es bezeichnen, wie die Unabhängigen im Burg von unserm Bauer-Versammlung berichteten. Sie greifen in einen Punkt, die Sozialisierung der Kohle, heraus, um diesen ohne Angabe der näheren Ausführungen ihren Lesern als „fetten Happen“ anzufüttern. Genosse Bauer hat ausgeführt, daß eine Sozialisierung der Kohlegruben jetzt noch nicht möglich sei, weil nämlich der Feindbund schon darauf warte, um die in den Besitz des Staates übernommenen Kohlegruben mit Beschlag zu belegen und sich an ihren schatzlos zu halten, was unmöglich sei, solange sie in Privatbesitz wären. Das alles beschweigt der unabhängige Berichterstatter und posant nun in die Welt hinaus, der Sozialist Bauer sei gegen die Sozialisierung. Wir sind ja manche Entstellung und Verdrehung von der „Magdeburger Volkszeitung“ im allgemeinen und von ihrem Berichterstatter im besondern gewohnt, daß wir uns eigentlich nicht zu wundern brauchen über diese neue „Selbentat“. Wir glauben aber doch verpflichtet zu sein, diese „Behauptung“ der Unabhängigen öffentlich bekanntzugeben.

Aus der Provinz.

Obernst. Eine sehr gut besuchte Wählerversammlung hatte die Sozialdemokratische Partei einberufen. Genosse Wender führte aus, daß die Vertreter der U. S. P. mit Schuld daran seien, daß das Wirtschaftsleben immer mehr zurückgegangen ist, weil sie stets eine Mitarbeit abgelehnt haben. In den Kommisionen zur Vorbereitung des Betriebsrätegesetzes haben die Unabhängigen vollständig versagt. Durch das Fehlen eines Vertreters der U. S. P. sei das Gesetz in der jetzigen Fassung mit 18 gegen 12 Stimmen im Ausschuss angenommen worden. Sie glauben im Plenum mehr für das Betriebsrätegesetz herauszuholen zu können. Sie stellten noch einen Antrag, daß auch in den Gefängnissen Betriebsräte gewählt werden sollen. Sehr scharf ging der Redner mit der Reaktion ins Gericht und erbrachte den Beweis, wie weit diese rechtsstehenden Kreise schuld am Rapp-Putsch und am Kriege sind. Die Rechtsparteien haben sich nach dem Zusammenbruch andre Namen beigelegt, doch sind die Personen die gleichen geblieben. Alle bürgerlichen Parteien sind und stets in den Rücken gefallen und haben unsern Anträgen zum größten Teile niedergestimmt, so beim 1. Mai und bei der Bezahlung der Streiklöhne. Darum muß die Antwort am 6. Juni lauten: keine Stimme den bürgerlichen Parteien, sondern jede Stimme der sozialdemokratischen Liste Bauer. In der Aussprache verzapfte der Unabhängige Werner unsinniges Zeug und ließ eine Schimpfkanonade gegen die U. S. P. los. Unter lebhaftem Beifall fertigte Genosse Wender diesen Herrn ab. Er gab ihm mit auf dem Weg, erst mal das Exerzierprogramm zu lesen und dann erst in Versammlungen darüber zu reden. Auch in Oberstede wird die Sozialdemokratische Partei bei der Wahl gut abscheiden. —

Angern. Die Wählerversammlung unserer Partei war sehr gut besucht, auch viele Landwirte waren erschienen. Genosse König (Regleben) zeigte in klaren, sachlichen Ausführungen, was uns von rechts trennt und mit welcher „Liebe“ der kleine Bauernstand von den Konservativen betruet worden ist. Klippemeier Beifall folgte dem Vortrag. Eine Kassenabrechnung für den Wahlfonds ergab 40,06 Mark. —

Eisleben. In einer Wählerversammlung sprach Genosse Neumann (Magdeburg) über „Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahl“. Der Redner begann mit der Revolution von 1918. Bei der Wahl zur Nationalversammlung haben die rechtsstehenden Parteien durch Namensänderungen und Verfälschungen das Volk irregeführt, und die Folge davon war, daß wir keine sozialistische Mehrheit im Parlament bekamen. Dazu trug allerdings auch die Zersplitterung der Arbeiterkraft bei. Aus der Gegenüberstellung der Machtverhältnisse des alten Reichstags mit der jetzigen Nationalversammlung war zu ersehen, welche Fortschritte wir gemacht haben. Aus den Ausführungen über die Steuererhöhung war zu ersehen, daß die kapitalfrüchtigen Kreise scharf angegriffen werden und das arbeitende Volk im Gegensatz zu früher nur so weit belastet ist, als die Finanzlage es erfordert. Das Betriebsrätegesetz hätte besser sein können; wenn es aber von den richtigen Personen gut angewendet wird, kann es zum Wohle der Arbeiter beitragen. Wenn nach dem 6. Juni die alten Herrscher wieder zur Macht gelangen würden, so würde das Volk seine so mühsam errungenen Rechte wieder verlieren. Darum ist es Pflicht eines jeden einzelnen Beamten, Arbeiters und der Frauen und Mädchen, bei der Wahl ihre Stimme der Liste Bauer zu geben. —

Gräß-Nottmerleben. In einer von Männern und Frauen gleich stark besuchten öffentlichen Versammlung sprach am Mittwochabend Genosse Ritsch (Magdeburg) über die bevorstehende Reichstagswahl. Die Veranstaltung hätte einen durchaus zufriedenstellenden Verlauf genommen, wenn nicht unabhängige und kommunistische Quereinträger in denkbar unangenehmster Art bemerkbar gemacht hätten. Hinzu kam noch die Verbitterung über örtliche Angelegenheiten und das Mißtrauen gegenüber der Gemeindevertretung, die sich in der Versammlung entluden. Erst in vorgerückter Nachtstunde hatten sich die aufgeregten Gemüter einigermaßen beruhigt. Die Wähler dürfen sich jedoch bei der Wahl nicht von ihrem Gefühl leiten, sondern müssen ihren Verstand sprechen lassen. Nun sie das, dann werden sie der sozialdemokratischen Liste Bauer ihre Stimme geben. —

Wipfle. Am Mittwochabend haben wir im Saale der „Eiche“ unsere zweite Wählerversammlung. Sie war gut besucht. Genosse Wader referierte. Er betrauerte die Wangentat der reaktionären Parteien, die uns ins Unglück des Krieges und der Not gestürzt haben und die nun behaupten, die Sozialdemokratie sei am allem schuld. Er bedauerte die Spaltung der Arbeiterkraft, bewies, daß durch die Unabhängigen und Kommunisten nur der rücksichtslose Kriegsparteien Vorschub geleistet wird, und ermahnte daher, treu zur Sozialdemokratie zu stehen, die ihrerseits treu zum Volk gestanden habe. Da zur Diskussion sich niemand meldete, schloß der Vorsitzende mit der Mahnung, am 6. Juni der Liste Bauer zum Siege zu verhelfen. Die Stimmung ist gut. —

Burg. Die Demokraten hielten am Mittwoch eine Wählerversammlung ab, in der Frau Schneiderin (Magdeburg) sprach. Sie trat für Aufrechterhaltung der Koalition ein. Ohne Mehrheitssozialisten könne es keine Regierungsbildung



auer
ist die Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

auer
ist gegen jede Gewaltpolitik, ob von rechts oder links!

auer
ist gegen jede Unterdrückung der Hand- und Kopfarbeiter!

auer
ist gegen die Herrschaft der reaktionären Schulbureaukratie!

auer
ist gegen die Herrschaft der Kirche über die Schule!

auer
ist die Liste, die nicht mehr verspricht, als sie zu halten vermag.

auer
ist die Liste, die für Freiheit und Recht jedes Standes eintritt.

auer
muß jeder Arbeiter, Handwerker, Lehrer und Beamte wählen!

Loburg. In einer Versammlung von 600 Männern und Frauen sprach Landrat Genosse Gehardt. Da die Sozialdemokratische Partei leider gezwungen ist, Angriffe sowohl von links wie von rechts abzuwehren, ging der Redner auf diese meist unangenehmen oder doch entstellten „Tatsachen“ in durchaus sachlicher Weise ein. Er wies nach, daß nur die Parteien der Koalitionsregierung wirkliche Arbeit geleistet haben, wobei die Sozialdemokraten ihr möglichstes für die bisher Unterdrückten getan haben; währenddem haben die Parteien der Opposition in der ganzen Zeit seit dem 9. November 1918 in keinem einzigen Falle gezeigt, wie sie es besser machen würden. Die Unmöglichkeit des Proletariats, die Schuld der Unabhängigen, zeitig nach den Wahlen zur Nationalversammlung eine Koalitionsregierung, die nichts Vollkommenes schaffen konnte. So treten die Sozialdemokraten heute vor ihre Wählerkraft mit der Wahrheit, daß sie durchaus nicht zufrieden sind mit dem Erreichten, daß das aufgeklärte Volk eben dafür sorgen müsse, daß der neue Reichstag eine Sozialistenregierung erzeuge. In der Diskussion führte der Student Genosse Zimmermann, ausgehend vom Rapp-Putsch, den Hörern vor, was Geistes Kinder die Aufwieglung von rechts sind, und ermahnte die Arbeiter und Schaffenden zur Einigkeit. Gottlieb Duchow wollte scheinbar von den Klaren und unüberleglichen Darlegungen des Genossen Gehardt nicht beschert sein. Er holte sich denn auch im Schlußwort des Vortragenden eine gehörige Abfuhr. Auf eine Anfrage hin erklärte der Referent, daß gerade die Beamtenschaft der Sozialdemokratie nur zu großem Danke verpflichtet sei. Mit einem Appell an alle Genossen und vornehmlich auch Genossinnen, bis zum 6. Juni fleißig aufklärend zu wirken, endete der Redner seine mit Beifall belohnten Ausführungen. Die Kassenabrechnung ergab 82,80 Mark. —

Berben. Zahlreich waren Wählerinnen und Wähler zu einer Versammlung erschienen. Genosse Schumacher (Wupp) zeigte in seiner Rede den Weg zur Gesundung des Vaterlandes. Durch die Wahl der sozialdemokratischen Liste Bauer ist jedem Gelegenheit gegeben, dazu beizutragen. Die Taten des konservativen Systems und der Rechtsparteien gegen das Volk wurden nachgelesen, aber auch die Forderungen der Linkskadikalen als unüberführbar bewiesen. Eine Kassenabrechnung ergab 13,95 M. für den Wahlfonds. —

Friedersdorf. In einer Wählerversammlung sprach Genosse Koch (Magdeburg) über die kommenden Reichstagswahlen. Zu seinem Vortrag gab er ein klares Bild über die Tätigkeit der Nationalversammlung und über die Aufgaben des neuen Reichstags. Der Referent zeigte an Hand eines reichhaltigen Materials, welche Vorteile bereits für die Arbeiterkraft errungen sind. Diese hätten noch besser sein können, wenn wir eine sozialistische Regierung gehabt hätten. Die Mehrheit des Volkes hat jedoch nicht sozialistisch gewählt, außerdem haben die Arbeiter ein positives Verhalten immer wieder gezeigt. In der Aussprache nahm zunächst ein Kommunist das Wort, dem es nicht möglich war, die Ausführungen des Referenten zu widerlegen. Er half sich einfach damit heraus, daß er erklärte, die Sozialdemokraten hätten sich durch die Kreditbewilligung unmöglich gemacht, nur die Diktatur des Proletariats könne uns retten. Dann kamen zwei U. S. P.-Leute an die Reihe. Auch diese wärmten nur den alten Reut auf. Genosse Fricke und der Referent wiesen die gegen unsre Partei und für die Forderungen der Sozialdemokraten leicht zurück. Mit der Aufforderung, am 6. Juni dafür zu sorgen, daß keine bürgerliche, sondern eine sozialistische Mehrheit in den Reichstag zieht, wurde die Versammlung geschlossen. Der sachliche und lehrreiche Vortrag des Genossen Koch hat viel zur Aufklärung beigetragen und wirkte mehr als die andresprechen gewisser Leute. Anerkannt muß werden, daß sich die anwesenden Anhänger der U. S. P. und R. P. D. diesmal korrekt benahmen.

Kreis Neuhaßleben.

Parteifunktionäre und Obmann!
Am Tage der Wahl befindet sich unser Bureau beim Genossen E. Goldsch, Neuhaßleben, Wiltstringer Straße 7, Telefon 80. Die Genossen allerorts werden hierdurch ersucht, sobald der Wahltag gekommen und das Resultat bekannt ist, dies sofort an obige Adresse mitzuteilen. Alle Anfragen zur Wahl aber sind an den Genossen W. Herrmann, Neuhaßleben, Dorfstraße 18, zu richten; von diesem sind auch die Stimmzettel für den Bezirk Neuhaßleben abzuholen oder zu verlangen.

Am Montag den 31. Mai wird der Reichsanwalt a. D. Reichsreferentminister Bauer in Herzogs Festfalen zu Neuhaßleben in einer öffentlichen Versammlung sprechen. Die Genossen werden ersucht, recht rege Propaganda für diese Versammlung zu machen; es soll und muß ein Massenbesuch werden. (Siehe Inserat in der Freitagnummer der „Volksstimme“.) Jeder muß am 6. Juni sein Wahlrecht ausüben und für die sozialdemokratische Liste Bauer stimmen. —

Kreis Quedlinburg-Aschersleben-Halbe.

Schönebeck. Die Parteigenossen und -genossinnen machen mit auf die am Sonntag den 29. Mai, abends 8 Uhr im „Stadtpar“ stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam. Sorge ein jeder für guten Besuch dieser wichtigen Versammlung! —

geben. Die Rednerin sagte dann die Rechtsparteien an, durch ihre immerwährende Opposition nur die äußerste Linke gestärkt zu haben. Zum Schluß forderte die Demokratin eine kraftvolle Politik der Mitte. Genosse Kabeitz führte in der Aussprache aus, daß man vieles von den Ausführungen der Rednerin unterstreichen könne, in Wirtschaftsfragen aber könnten die Sozialdemokraten nicht mit den Deutschdemokraten gemeinsam gehen. Zu den acht Punkten der Gewerkschaften führte unser Genosse aus, daß der Generalstreik von den Gewerkschaften niedrigerungen sei, daß diese also auch ein Recht gehabt hätten, Forderungen zu stellen. In den Gewerkschaften seien auch Demokraten organisiert. Wenn die Demokraten Stimmen von den Rechtsparteien gewinnen würden, sei das zu begrüßen, richtiger aber wäre es, wenn sozialdemokratisch gewählt würde. Die Versammlung war bis dahin ruhig verlaufen, und der den Worten unsers Genossen folgende Beifall ließ erkennen, daß nicht nur Demokraten im Saale waren. Der nächste Diskussionsredner aber, ein Demokrat, richtete schwere Angriffe gegen die Sozialdemokraten, weil sie sich in der am Tage vorher stattgefundenen deutschnationalen Versammlung kräftig gegen die Schmähungen der Rektionäre gewehrt haben. Dieser rechts angehauchte demokratische Redner bemühte sich mit Gewalt, den guten Einbruch des Referats zu verhindern. Genosse Kabeitz gab dann diesen der verdienten Lächerlichkeit preis. —

Martin Neumann heute Freitag abend 1/8 Uhr in einer öffentlichen Versammlung aller in Staatsbetrieben beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter über „Sozialdemokratie und Reichstagswahl“ in

Friedrichs Festfalen

Rein Beamter und kein Arbeiter in Staatsdiensten darf diese wichtige Versammlung versäumen!

Der Schandfleck.
Roman von Ludwig Angengruber.
(70. Fortsetzung.)
„Am d' Wahrheit handelt sich's ja gar nit, sondern um 'n Anschein und der wird, je länger mer's ansehn laßt, je übler! Weißt, Kaspar, ich hab die Dirn' da auf Dein' Hof' bracht, und drum halt' ich mich auch in mein' Gewissen für verpflichtet, daß ich, soweit an mir liegt, drausmach', daß's i' Ruf und Ehr' von da fortunimmt, wie sie i' herbracht hat. Es is eh 's Allermindest', was ich tun kann, daß ich mich hinhalt' und ihren Leuten schreib', daß's entscheiden, ob i' die Dirn' dalassen oder heimholen wollen.“
Der junge Bauer erhob sich und legte die Hand auf den Arm seines Gegenübers. „Das wirst nit tun, Gnl! Und ich sag Dir auch, warum. Dösel'n Leut' sein nit da am Ort und können sich von nit überzeugen, Du aber kannst i' nur falsch berichten, denn Du gehst nur nach'm Gered' und fragst der Wahrheit nit nach.“
Er schritt erregt die Stube ein paar mal auf und nieder, dann stellte er sich an den Tisch und begann auf den Alten einzureden: „Sei' Jahr und Tag, wo die Dirn' af mein' Hof' is, kommt mit mein' Hausweib' erst wie a solches dar; der Burgerl is sie a zweite Mutter, wo ich sie auch prob' und prüf', zeigt sie sich als tüchtige Hausnerin und mir als a ehrliche und aufrichtige Freundin. Die Dirn' is unter mein' Dach so sicher wie unter ihrer Mutter Augen, und das laß Dir sagen, daß i' jeds unlaute Besen von ihr wegwischt, und von mir kannst's glauben — ich bin nit der Mon, der a Lug' sagt —, wie ich mich auch zeitler ihr erkenntlich bezeigt hab', in Worten und Begegnen und Präsentiern, niema' hab ich vergesen, was wir beid' einander

schuldig sein; nie bin ich auch nit entfernt auf ein' unerlaubten Gedanken verfallen...“ Er zum Leut' h'nein, Gnl, was laßt denn wie nit g'scheit? — Bist nurr'ich? — Was gib's denn da zum Lachen?“
Der alte Mann saß zurückgelehnt und lachte lautlos, erst als er seinen Schwiegerjohn vor zorniger Ungebuld die Fäuste ballen und die Arme schütteln sah, beeilte er sich aufzustehen und sagte ihn begütigend mit beiden Händen über den Ellbogen an. „Kaspar,“ schrie er lustig, „hilt' hetzt ich Dich gern was, aber es fällt mer in der G'schwindigkeit nit ein, was zutrifft! Ist's denn möglich, kann's denn sein? Wo dö Dirn' die Seel' von Dein'm Hausweib' is, Dein'm Kind a zweite Mutter, Dir a aufrichtig Freundin und in all'n Stücken ein ehrbar' Weib'leut', brauchst's denn da erst a Zurament von Dir, daß' Du auch nit entfernt af ein' unerlaubten Gedanken verfall'n bist? Aber Du Himmelshaderment'sall, warum verfallst denn nit, wo 'n er so nah liegt, af'n verlaubten!“
„A verhaubten?“
„A was machst sie denn nit zu Deiner Bäuerin, wann D' schon in sie verfaßt bist und sie in Dich, daß' Zhr allzwei vor lauter G'schickheit und Vernünftigkeit gar nit wahrnehmt, was Zhr für Dummschnecken vor'n Leuten angebt?“
Der Grassodenbauer hatte mit der Rechten über sich gegriffen und sich an den Hinterkopf gefaßt, so stand er nun und sah vor sich hin und hörte den Alten vom Hof' auf der weiten Feld' wieder lachen, „wie nit g'scheit“, und da wagte er so einen Seitenblick nach dessen Gesicht mit den zwinckenden tränenden Augen und dem lustigknappenden Maule, und da stieg ihm selbst ein Schmunzeln in die Mundwinkel, die Heiterkeit wirkte ansteckend, er ließ die Rechte sinken und schüttelte in das Lachen ein, worunter er häufig mit dem Kopfe schüttelte, wie einer, der des Verwunders kein End' fände, und so kam es, daß die beiden Männer bei dem Lärm, den sie in der Stube vollführten, das

jelle Gelächter ganz überhörten, das unmittelbar vor der Tür erschallte.
Heiterkeit wirkte ansteckend. Denn saß unten auf der Stufe vor dem Hausflur und wartete auf Burgerl's Rückkehr. Als das Nachgebräuse von oben an ihr Ohr schlug, lächelte sie unwillkürlich: „Was die nur haben, daß sie so nährisch lachen mögen?“
Da kam Burgerl die Treppe herabgelaufen, sie preschte mit der Rechten die Schürze an den Mund und legte die Linke um Denis' Nacken. „Weißt, was der Chnd da will?“
„Wie sollt' ich?“
„Ruppeln,“ kicherte die Kleine
„Sei nit ungeziemt!“
„Und Du nit nurr'ich,“ sagte Burgerl, „Bäuerin sollst Du werb'n da af'm Hof.“
Denis' Gesicht wurde glührot, sie schob das Kind von sich. „Das sind keine Späß'!“
„Beileib nit,“ lachte Burgerl und hüpfte um sie her. „Der Vater macht ja Ernst.“
„Burgerl!“
„Aber, Denn, hast denn auch Du kein' Merks? Muß mer's leicht auch Dir noch sag'n — wie der Chnd 'm Watern — daß der in Dich verliebt is und — Du in ihn?“
Da wich alles Blut aus Magdalenens Wangen, sie wehrte mit beiden Händen ab, ungeduldig schellte sie vom Sitz empor und nur mit dem ein' Gedanken: auf und davon mußst du, eilte sie die Treppe zur Bodenstube hinan.
Burgerl stand so verblüfft, daß sie sich nit einmal umwandte, um der Flüchtenden nachzusehen. Sie wickelte paar-mal ihre Vermagen in die Schürze und wieder heraus. Plötzlich überkam sie ein drückendes Angstgefühl, Tränen traten ihr in die Augen und ihre Mundwinkel begannen zu zucken; sie lief zur Stiege und hastete hinauf. (Fortsetzung folgt.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Mai 1920.

Aus dem Stadtparlament.

Als Motto für die Verhandlungen der Stadtverordneten-Sitzung setzt man am passendsten den Vers von Wilhelm Busch: Meistenteils und überhaupt Kommt es anders, als man glaubt.

Es war eine kurze geheime Vorlesung geplant, in der über den Stand des Mittelkanals berichtet werden sollte, und außerdem wollte man noch eine vertrauliche Beratung über die Sternbrücke pflegen. Stadtrat Scheel erlebte den ersten Teil kurz und sachlich. Die Idee der Mittellinie des Kanals hat gute Fortschritte gemacht. Alle Klippen sind zwar noch nicht überwunden, aber man darf hoffen, daß bei weiterer zielbewusster Arbeit die auch von Magdeburg gewünschte Mittellinie gebaut wird. Vorsteher Müller sprach dann dem schreibenden Stadtrat Scheel den Dank der Stadt aus für sein Wirken in der Kanalarfrage im besonderen und für seine fleißige Arbeit im Interesse der Stadt überhaupt. Dieser Dank wurde ausgedehnt auf alle, die die Mittellinie gefördert haben, insbesondere auf den Professor Prangius und die Parlamentarier.

Und dann kam sie: die Sternbrücke! Erörtert wurde besonders die technische Seite der Frage in Verbindung mit dem Prozeß gegen die besagte Brückenbaufirma Grün u. Bilfinger. Es wurde viel, aber immer sachlich geredet, und als Ergebnis kam der Beschluß heraus, daß den Stadtverordneten Gelegenheit gegeben werden soll, gewisse Gutachten über den Bau eingehend zu studieren. Dabei war es 8¼ Uhr geworden.

Die Zuhörer und die bürgerlichen Pressevertreter waren längst enttäuscht und verärgert verduftet, so daß auch die kurze öffentliche Sitzung fast eine geheime war. Den Bericht hierüber finden die Leser an anderer Stelle.

Kartoffelüberfluß. Der Magistrat teilt in der heutigen Nummer mit, daß in der nächsten Woche 10 Pfund Kartoffeln pro Kopf zur Verteilung kommen. Nun ist mit einem Male der reichste Kartoffellegende da und große Familien sind gar nicht in der Lage, den Reichtum zu ersehen. Selber ist in der vorerwähnten Jahreszeit die Qualität recht gering, so daß ein großer Teil einfach ungenießbar ist. Man wird auch nicht behaupten können, daß dieser plötzliche Überfluß nun gerade ein gutes Licht auf unsere Kartoffelversorgung wirft. Denn in den Wintermonaten mußte man sich mit 2 Pfund begnügen und zusehen, wie auf Schleichhandelswegen die Ration noch zu vergrößern war und jetzt werden die Kartoffeln in riesigen Mengen von den Landwirten auf dem Markt geworfen, um vor dem billigen Verderben der Ware noch den hohen Preis einzufahren. Die schändliche Geldsucht der Landwirte und Kartoffelbauer und die Mängel der Versorgungswirtschaft treten hier kräftig zutage.

Der Bezug der dänischen Milch ist durch die Reichsstelle für Speisefette zu Ende des Monats Mai gekündigt, da die Milchproduktion im Inland infolge des Weggangs des Viehes wesentlich gesunken ist. Der Bezug der dänischen Milch war nur zur Deckung des dringenden Milchnotbedarfs erfolgt, das Reich hatte, um den Bezug zu ermöglichen, nicht unerhebliche Mittel zur Verbilligung der Milch zur Verfügung gestellt. Es schweben zurzeit Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den dänischen Lieferanten auf evtl. Fortsetzung der Milchlieferungen aus Dänemark; indes hängt der Erfolg der Verhandlungen ganz von der Besserung der Valuta ab, da die Milch sonst ohne die Zuschüsse des Reiches zu teuer werden würde.

Die Freigabe der Kartoffelwirtschaft. Die mehrfach angekündigte Freigabe des Kartoffelhandels unter Sicherstellung einer ausreichenden Menge für die Fortführung der Rationenlieferung ist mit einer Verordnung der Reichsregierung erfolgt, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ist. Ihre grundlegenden § 1 besagt: „Wird der Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung an Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 in Höhe von 120 Millionen Zentnern durch Verträge nach Magdeburg dieser Verordnung bis zum 1. August 1920 sichergestellt, so soll von einer weiteren Heranziehung der Kartoffelrechte für die öffentliche Bewirtschaftung abgesehen werden. Erfolgt die Sicherstellung nicht oder erweist sich die Erfüllung der Verträge nachträglich als undurchführbar, so bleibt eine andere Regelung der Bewirtschaftung vorbehalten.“

Streik der Fensterräuber. Der Transportarbeiter-Verband schreibt uns: Die vereinigten Glasreinigungs-Institutenbesten veröffentlichten im „General-Anzeiger“ eine Annonce, in welcher sie ihre Kundenschaft um gütige Rücksichtnahme bitten, weil die Fensterräuber trotz des bestehenden Tarifvertrags Lohnforderungen gestellt haben und unberechtigt in Streik getreten sind. Man verjucht hiermit die Kundenschaft zu täuschen. In der gestrigen Nummer haben wir den wahren Sachverhalt mitgeteilt. Wir sind es von jeher gewohnt gewesen, daß die Arbeitgeber der Reinigungs-Institute die Öffentlichkeit und vor allen Dingen die Kundenschaft bei Lohnbewegungen zu täuschen versuchen. Beweis dafür ist die Lohnbewegung im Oktober vorigen Jahres. Die Räuber hatten eine Lohnhöhung von 20 Prozent gefordert und die Arbeitgeber hatten ihrer Kundenschaft durch Rundschreiben mitgeteilt, daß die Räuber 75 Prozent gefordert hätten. So sieht also die wahre Schilderung der Arbeitgeber auch dieses Mal aus. Die Arbeitnehmer in den Reinigungs-Instituten haben immer Verständnis für die jetzige schwere Zeit gehabt. Sie haben andern Verbandskollegen gegenüber für die Reinigungsbesten Opfer gebracht. So verzichteten sie trotz der niedrigen Löhne auf die Brot- und Kartoffelzulage, ebenso auf die Bezahlung der Streiktagen. Gätten die Arbeitgeber bei den Verhandlungen nur einigermaßen annehmbare Zugeständnisse gemacht, so wäre der Kampf zu vermeiden gewesen. Um aber nicht ganz der Verelendung anheimzufallen, mußten die Räuber zum Streik greifen. Sie sind gewillt, einmütig zusammenzuhalten, bis ihre berechnete Forderung von den Reinigungs-Unternehmern anerkannt wird. Nicht Übermut hat sie hierzu getrieben, sondern die bittere Not.

Glänzende Bezahlung. Eine Frau wurde vom Arbeitsamt der Krankenanstalt Sudeburg vermittelt. Sie wurde dort drei Nächte im Nachdienst beschäftigt. Für drei Nachtdienste bekam die Frau das märchenhafte Honorar von insgesamt 16,03 Mk., nach Abzügen blieben noch 11,42 Mark übrig. Für die Arbeit einer Nacht, die peinlichste Aufmerksamkeit verlangt, etwa 4 Mark in bar. Verleidet diese überaus glänzende Bezahlung durch eine städtische Krankenanstalt nicht zu allerlei Ueberschwenglichkeiten?

Gebührenerhöhung für Schiffe und Geschworne. Auf dem Wege einer Verordnung ist wieder eine Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige sowie der Tagegelder und Reisekosten der Schiffe und Geschworne durchgeführt worden. Zum letztenmal wurde im Jahre 1914 eine Revision der Gebührenordnung vorgenommen. Die Erhöhung ist in Form von Teuerungszuschlägen zu den im Gesetz vom Jahre 1914 festgesetzten Sätzen vorgenommen worden. Vom 15. Mai an erhalten Zeugen und Sachverständige Gebühren in der 2½fachen Höhe der bisher geltenden Sätze. Als Ausfünftagsentschädigung für jeden Tag, an dem der Zeuge oder Sachverständige abwesend gewesen ist, sind 40 Mark, statt des bisher 15 Mark betragenden Satzes festgesetzt worden.

Anerkennung Gäste. Wiener Kinder, 100 an der Zahl, sind hier eingetroffen, aber das Willkommen, das sie hier fanden, war ein wenig herzlich. Durch irgendeinen Umstand ist die betreffende Wiener Stelle nicht in den Besitz der Nachfrist des hiesigen Wohlfahrtsamts gelangt, daß Wiener Kinder nicht nach hier genommen werden könnten. Und nun standen die Leiterinnen des Transports auf dem Hofe der Armenanstalt am Ballonerberg mit ihren hundert Jungen und Mädchen und bemühten sich nach besten Kräften, diejenigen, die sich ursprünglich zur Aufnahme von Kindern bereit erklärt hatten, zu erreichen. Meistens vergeblich, denn das Wohlfahrtsamt hatte schon vor einiger Zeit den Beteiligten Mitteilung gemacht, daß keine Wiener Kinder nach hier kämen. Trotzdem fanden sich Mitbürger und -bürgerinnen, die ihrer freiwillig übernommenen Pflicht nachkamen, sowie einige nützbare Seelen, die Kinder für die benötigten zwei bis drei Monate zu sich nahmen, nachdem sie zufällig davon hörten. So gingen denn die Kleinen einzeln „nach Auswahl“ ab, da der ursprüngliche Plan der Zuweisung nicht aufrechterhalten bleiben konnte. Weinend drängten sich die übrigen heran, auch mitgenommen zu werden und versuchten sich dazu bemerkbar zu machen. Aber der „Rest“ wird heute oder morgen wieder nach Wien „verladen“. Es war erschütternd.

Die Not der geistigen Arbeiter heißt der Alarmruf, unter dem der preußische Kultusminister, Genosse Konrad Haenisch im Verlag von Dr. Werner Klinkhardt in Leipzig einen Vortrag (siehe) erscheinen läßt, den er zu Beginn dieses Jahres auf Einladung des „Kartells geistig schaffender Berufe“ im Leipziger Buchhändlerhaus gehalten hatte.

Im Verein heimatsreuer Oberschlesier, im Restaurant Monopol, Wilhelmstraße 1, sprach am Dienstag den 25. d. M. der Landgerichtsdirektor Eilling vom Hauptvorstand des Verbandes heimatsreuer Oberschlesier in Breslau über die jetzige ernste Lage in Oberschlesien.

Schulräume für Wahlversammlungen. Dem Mangel an geeigneten Sälen für die Wahlversammlungen will der Minister für Volksbildung dadurch abhelfen, daß die Schulräume für diesen Zweck nutzbar gemacht werden. Sämtlichen politischen Richtungen gegenüber soll peinliche Unparteilichkeit und Parteilichkeit gewahrt werden. Etwaige besondere Kosten für die Ueberlassung von Schulräumen sind den Saalmietern aufzuerlegen. Auch etwa entstehende Schäden sind ihnen in Rechnung zu stellen. Der Schulunterricht darf durch die Ueberlassung in keiner Weise gestört werden.

Neues Notgeld der Stadt Magdeburg gelangt jetzt in den Verkehr. Die 25-Pfennig-Scheine zeigen auf weißem Grund ein grünes Sternmuster. Auf der einen Seite tritt eine große 25 hervor, auf der andern, von Ziffern und bescheidenem Schriftsatz umgeben, eine Ansicht des Rathauses. Die 10-Pfennig-Scheine sollen im Laufe der nächsten Woche fertiggestellt werden. Sie sind nur auf zwei Farben gestellt, den gelben Grund und das Grün der Schrift und der Zeichnung.

In der Raubmordfrage in der Oberbofener Straße ist noch zu berichten, daß der Ermordete, wie die Obduktion ergeben hat, zwei tiefe Stiche mit einem dolchartigen Messer an der linken Halsseite erhalten hat. Beide Stiche waren getauert, den Tod durch Verbluten herbeizuführen. Außerdem hat der Getötete noch zwei rechtseitige Gehirnstiche und einen Stich hinter dem rechten Ohr erhalten, die am Knochen abgeprallt sind. Auf dem Kopfe befindet sich eine Schlagverletzung, von einem stumpfen Gegenstand herrührend, wahrscheinlich ist eine am Tatort gefundene gereinigte Mordrolle dazu benutzt, die eine etwa 15 Zentimeter lange Kopfhautspaltung hinterlassen hat. Nicht neben dieser Wunde zeigt sich ein Schädeldeckeneinbruch, der offenbar von einem Schlag mit einem neben dem Getöteten gefundenen kleinen Handhammer hervorgerufen ist. Das von einem der Mörder am Tatort hinterlassene blutgetränkte Normalhemd hat 39¼ Zentimeter Halsweite und 53¼ Zentimeter Ärmellänge. Das weiße Oberhemd hat 42 cm Halsweite und 56 cm Ärmellänge. Die Ärmel haben am Oberteil einen 4½ Zentimeter breiten Saum. An ihnen befinden sich noch hellblaue Kermelhalter aus Gummi übergestreift. Dieses Hemd sowie ein blutgetränktes vorgefundenes weißes, wahrscheinlich Damastschmuck tragendes schwarzgelbliches engmaschiges Fäden, die Zeichen einer Wasch- oder Bleichmittel sind. Die weiter zurückgelassene Hose hat 9 Millimeter breite schwarze und hellgraue gewirkte und 3 Millimeter breite schwarze Streifen mit einem hellgrauen Kängsbänder. Die Hose ist noch ziemlich neu. Sie hat eine Schrittlänge von 72 Zentimeter und eine Bundweite von 80 Zentimeter. Hinten an der Hosenknalle ist der Bund mit einer Sicherheitsnadel zusammengefaßt, wobei der Stoff etwa drei Finger breit aufgerissen ist. Aus diesem Umstand ist zu schließen, daß der Täter die Hose mit Vorliebe fest am Leib getragen hat.

Gestohlen wurden aus einem Pfandleihgeschäft in der Schönepfaffenstraße ein grauer Jacketanzug, drei Herrenhüte, zwei Bekleidungsgegenstände, eine Weige mit Vogel, ein goldenes Kreuz mit Kette, ein Paar goldene Ohrringe, verschiedene hellfarbige Woll- und blauer Tuchstoffe, eine größere Menge Taschentücher, schwarze und bunte Strümpfe sowie Schuhe verschiedener Art, Zigarren der Marken Geyrome, Dosta, Morillo, Alta, Catalica, ein Fahrrad „Vrennador“ Nr. 812439; aus einer Wohnung in der Bismarckstraße eine goldene und eine silberne Damenuhr, letztere geg. E. S., ein mattgoldenes Armband und ein solches aus Kupfer, ein goldenes Kollier mit Opal und einem Steinchen, zwei silberne Wäpchen in Form einer Mose und eines Fliegerabzeichens, ein goldener Ring mit rotem Stein, ein silberner Ring mit schwarzweißer Farbe, ein rotes Lederhörn mit Widmung „Gebrüder Dannebaum“, ein Paar neue Damenschuhe Größe 39; aus einer Bodenkammer am Breiten Wege ein dunkelgrüner und ein schwarzer Winterüberzieher, eine schwarze und eine graue Hose, ein gelblicher Umhang, ein schwarzer Rock mit Weste, ein Paar Damenhalsbänder, ein Paar Lederamaschen.

Gestohlenes Fuhrwerk? In Brandenburg ist am 27. d. M. ein Fuhrwerk angefallen und beschlagnahmt worden, weil der Verdacht besteht, daß es gestohlen ist und zwar in der Gegend von Magdeburg. Es ist ein Kaleschewagen, Kasten neu, Räder älter, bespannt mit brauner Stute mit langer Mähne, Hinterfüße unbeschlagen. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 66.

Unfall. Der Arbeiter Otto K., wohnhaft Annastraße 21, fiel am Freitag vormittag vor seiner Arbeitsstätte in der Großen Diederichsstraße und erlitt dabei einen Bruch des linken Unterschenkels. Der Verunglückte fand Aufnahme im Magdeburger Krankenhaus.

Bahnunfall. Am Donnerstag nachmittag wurde der Passagier Wilhelm König, wohnhaft Forsthausstraße 35, auf dem Bahnkörper bei Hohenhausen von einer Lokomotive erfasst und erlitt hierbei Verletzungen am Kopfe und einen Bruch des linken Unterschenkels. K. wurde mit einem Krankenwagen der Feuerwehr in die Krankenanstalt Altstadt gebracht.

Ertrunken. Am Donnerstagabend ist in der Nähe des Bades Ostende der Schiffe Willi Kies von der Werbezentrale der Reichswehrbrigade 4 ertrunken. Dies war in Begleitung eines Mädchens in den Strom gerudert, hatte das Boot dann verlassen und schwamm hinterher. Kurz bevor er das Ufer erreichen konnte, rief er der Begleiterin im Boot zu: „Ich werde milde.“ Diese Worte wurden auch in der Badeanstalt gehört. Man eilte Ries sofort zu Hilfe, kam aber zu spät. Ries war inzwischen verfunken und von der Strömung fortgetrieben worden.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.
Bezirk Gubenburg. Am Montag den 31. Mai, abends 7 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre im „Goldenen Löwen“.
Arbeiter-Zugendbund Magdeburg.
Bezirksgruppe Sudeburg: Am Sonntag gemeinsame Wandrung mit den Beobachtern nach dem Blockberg. Abmarsch 1 Uhr von der Solbrigstraße.

12. Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg, 27. Mai 1920.

Der öffentlichen Sitzung geht diesmal eine nicht öffentliche voraus, in der vom Magistrat über den Stand der Mittelkanalanfrage berichtet wird. Gleichzeitig wird auch die Sternbrückenangelegenheit nichtöffentlich verhandelt. Die Öffentlichkeit wird erst um ¼ 8 Uhr hergestellt.

Eingänge.

Der Beamtenauschuß der städtischen Beamtenschaft übersendet der Stadtverordneten-Versammlung die Abschriften von drei Eingaben an den Magistrat, die sich mit der neuen Befehlsordnung beschäftigen. Stadtr. Klüh (Soz.) hat kein Mandat als Stadtverordneter wegen Fortzugs niedergelegt.

Kleinere Vorklagen.

Der Verstärkung einiger Ausgaben der Haushaltspläne des Klosters St. Augustini um 616,55 bzw. 606 Mark wird zugestimmt.

Dem Deutschen Verein von Gas- und Wasserfachmännern e. V. in Berlin wird ein einmaliger Beitrag von 1800 Mark genehmigt.

Für die Erneuerungsarbeiten an den Pumpen der Pumpstation am Cracauer Anger werden 6006,75 Mark nachbewilligt. Der nachträglichen Bewilligung des Betriebsverlustes der Magdeburger Bade- und Waschanstalt im Geschäftsjahr 1919 in Höhe von 28.989,96 Mark wird zugestimmt.

Die Mietung eines Raumes im alten Rathhof zur Aufrechterhaltung von Theaterkassen usw. wird beschlossen. Ueber die Festsetzung des Stundgelbes für das

Volkstheater auf dem Alten Horn und Ausdehnung des Festes auf 15 Tage haben wir berichtet. Die Vorlage wird genehmigt.

Die Vorlage über die Erhebung einer Fremdensteuer wird auf Antrag des Stadtr. Hammerlag (Soz.) dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die Vorlage über die Erhöhung des Schulgeldes der Kunstgewerbe- und Handwerkererschule vom 1. April 1920 ab wird abgelehnt.

Beratung von Haushaltsplänen.

Die Haushaltspläne des Pfandbuchamts, der Spartasse, des Kanalbetriebs, der Pumpstation, der Straßenreinigung, der Veterinärärztlichen Stationen, des Fonds für Beteiligung der Stadt Magdeburg an Handels-, Verkehrs-, Industrie-Unternehmen und des städtischen Versorgungsheims werden debattelos angenommen.

In den Haushaltsplan des Eisenbahngeländes wird eine Summe von 80.000 Mark für Propagandazwecke eingesetzt. Mit dieser Uebertragung wird der Haushaltsplan angenommen.

Beim Haushaltsplan des Gaswerks bemerkt der Berichterstatter Stadtr. Grüne (Unabh. Soz.), daß es der städtischen Behörde trotz aller Bemühungen nicht möglich war, das Gaswerk in Salbte in städtische Regie zu übernehmen, weil die Besitzerin jede Verhandlung ablehnt. Es fehlt hier ein Kommunalisierungsgesetz, das die Gesellschaft zur Uebergabe zwingen kann.

Stadtr. Bader (Dem.) schlägt sich dem an. Die Nichtübernahme in Salbte ist jämmerlich. Der Redner wünscht weiter, daß die Abfuhrzeiten für Gaslots am Gaswerk ausgedehnt werden, da sonst die ungenügende Ausnutzung der Gaspanne den Preis weiter verteuert, der seitens schon ansehnlich im Preise steht.

Direktor Pfeiffer sagt zu, die Abgabzeiten ausgedehnt. Oberbürgermeister Weiss erklärt, daß die Stadt auch weiterhin bemüht sein wird, die Uebernahme des Gaswerks in Salbte möglichst bald zu erreichen.

Wahlen und Personalsachen werden ohne Aussprache erledigt.

Zum Schluß wird noch ein Schreiben der bürgerlichen Pressevertreter verlesen, die darin mitteilen, daß sie über die Sitzung nicht berichten werden, da die nichtöffentliche Sitzung sich zu lange ausdehnte. Sie bitten, in Zukunft die nichtöffentlichen Sitzungen an den Schluß der öffentlichen anzuschließen.

Schluß der Sitzung 8¼ Uhr.

Theater, Konzerte etc.

Mittellungen der Direktionen.

Wilhelm-Theater. Heute Sonnabend „Liebeschimmer“. Sonntag zum letztenmal „Der Herr von Riedel“. Als erste musikalische Veranstaltung ist für Montag ein Abend von Frau Tanglunmeisterin Gretl Seibmayr angelegt. Die Rollenfolge der in Aussicht genommenen Zauberstücke, welche von Frau Seibmayr, der Einzelkämpferin Frau Mayer-Storch und dem Einsteiger Herrn Reichstein ausgeführt werden, ist aus der heutigen Theaterangeize zu ersehen. In der Zauberoper „Die Sand“, welche den Abschluß des Abends bildet, wirken außer Frau Seibmayr noch die Herren Schmidt-Limar und Springer mit. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Hans Döring übernommen. Die Einbußleistung sämtlicher Sätze und der Pantomime erfolgte durch Frau Seibmayr. Die nächsten Wiederholungen von „Liebeschimmer“ sind für Donnerstag den 3. und Sonnabend den 5. Juni angelegt. Am Freitag geht als Sondervorstellung für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Profenows „Roter Lampe“ in Szene. Ein Vorverkauf zu dieser Aufführung findet an der Theaterkasse nicht statt.

Städtisches Theater. Städtisches Theater. Heute Sonnabend „Andine“, Sonntag vorm. 11¼ Uhr „Weißröde“, nachm. 3 Uhr Sondervorstellung für die Jugendpflege „Anna von Barmheim“, abends 7 Uhr „Traviata“. Am Montag den 31. Mai findet die Aufführung von „Gloria Sancti“, romantische Komödie in 4 Akten von Max Boigut-Alte statt. In den Hauptrollen sind beschäftigt: die Damen Berger (Rodrigo), Landory (Gloria), Stein (Gloria) und Straßmann (Lucrèce) sowie die Herren Friedrich (Miguelotto), Gros (Nicolo), Klebe (Rauul) Schmidt (Gasparo) und Schulte (Ramiro).

Viktoria-Theater. Heute Sonnabend „Die verlobte Braut“. Sonntag „Charles Dantès“. Auf die nächste Wiederholung des mit so großem Beifall aufgenommenen Lustspiels „Die verlobte Braut“ am Dienstag sei noch besonders hingewiesen.

Provinz und Umgegend.

Parteinachrichten.

Diesdorf. Öffentliche Versammlung findet am Sonnabend den 29. Mai im Pöschchen Lokal statt.
Groß-Osterleben. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag den 30. Mai, vormittags 10 Uhr, Zusammenkunft der Funktionäre bei Neuberg. — Montag den 31. Mai, abends 7¼ Uhr, Mitgliederversammlung.
Wennewitz. Sonnabend den 29. Mai, abends 8 Uhr, Gemeindevertreterversammlung beim Gastwirt Wilhelm Weyer.

Kreis Wanzleben.

Schwaneberg, 28. Mai. (Vom Blicke geblöckel) wurde der Arbeiter Parob, als er während eines Gewitters hinter einem Scheune auf dem Felde Schutz suchte.

Kleine Chronik.

Mischschlag in eine Dynamitfabrik. Ein über Hamburg hingehendes Gewitter wütete besonders in der Umgegend von Bergedorf. Ein Blitz fuhr in die bei Giesbach gelegene Dynamitfabrik Krümmel und setzte sie in Flammen. Die örtliche Feuerwehr stand dem Brande machtlos gegenüber und der Schaden der eingeschichteten Gebäude beläuft sich auf Millionen. Menschen wurden nicht verletzt.

Explosion in einem Universitäts-Laboratorium. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im chemischen Laboratorium der Universität Marburg. Beim Experimentieren entstand eine Explosion, bei der 6 Studenten getötet und 20 verletzt wurden. Beim Vorführen eines Experiments mit Sprengstoff, das, wie berichtet wird, seit 10 Jahren an sämtlichen Universitäten vorgenommen wird, ohne jemals einen Unglücksfall zur Folge gehabt zu haben, explodierte der Inhalt einer großen eisernen Patrone und entzündete gleichzeitig den in der Nähe stehenden Sprengstoff. Es gab einen furchtbaren Knall, der

die Anwesenden im ersten Augenblick betraute. Die Splitter der Patrone hatten die umliegenden Studirenden getroffen und ihnen zum größten Teil schwere Verletzungen zugefügt. Die Fensterhebeln des Hofraumes wurden größtenteils zertrümmert. Sechs Studenten waren auf der Stelle tot. Von den 20 Verletzten ist inzwischen einer gestorben.

Wasserstände.

Ort	Wasserstand	Ort	Wasserstand
Harzberg	227,5	Wilsen	228,5
Harzberg	0,43	Wilsen	0,43
Harzberg	0,67	Wilsen	0,67
Harzberg	0,82	Wilsen	0,82
Harzberg	0,97	Wilsen	0,97
Harzberg	1,12	Wilsen	1,12
Harzberg	1,27	Wilsen	1,27
Harzberg	1,42	Wilsen	1,42
Harzberg	1,57	Wilsen	1,57
Harzberg	1,72	Wilsen	1,72
Harzberg	1,87	Wilsen	1,87
Harzberg	2,02	Wilsen	2,02
Harzberg	2,17	Wilsen	2,17
Harzberg	2,32	Wilsen	2,32
Harzberg	2,47	Wilsen	2,47
Harzberg	2,62	Wilsen	2,62
Harzberg	2,77	Wilsen	2,77

Briefkasten.

Wohnort Briefkasten. Wird mit Dank verwendet, aber Honorar ist nicht. Mehrere Kolonialwarenhandl. Wir sind der Zuerstangelegenheit nachgegangen. Nach den Mitteilungen, die uns geworden sind, stimmen Ihre Angaben nicht in allen Teilen mit den Tatsachen überein. Warum haben Sie im übrigen anonym eingekauft? Mit anonymen Zuschriften läßt sich nicht viel anfangen.

Bereins-Kalender.

Buchdrucker. Dienstag den 1. Juni, abends 7 Uhr, außerordentliche Ordensversammlung in der Aula der Luisenschule, Dretter Weg 10-200. Ortsausflug für Jugendpflege. Die Vorstellung im Stadttheater am 30. d. M. um 3 Uhr (nicht 1/3 Uhr). Ehezeitung umsonst dabei. 19 Rinkverein. Sonderausstellung Kriegsstudien Brandenburger Straße. täglich von 10 bis 2 Uhr. 1409 Blauweisse. Sonnabend nachmittags 4 1/2 Uhr. 1979

Verein der Wandfahler beider Kreise. Sonnabend den 28. Mai, abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal (Kortes Bierhallen). 1989 Erker deutscher Monatsblatt. Sonntag früh 8 Uhr Ausflug. 1978 „Luffenhol“, Leprosidberge. Treffpunkt: Holzbrücke - Ringelstraße. 1978 Groß-Dietrichleben. Männer-Turnverein Jahn. Sonntag den 30. Mai, nachmittags 3 Uhr, Mitglieder-Versammlung. 1982

Wettervorherage.

Freitag den 28. Mai: Wolkig, mäßig warm, Neigung zu Niederschlägen.

Gewinn-Auszug

15. Preuß.-Südd. (24. Preuß.) Klassen-Lotterie 5. Klasse, 16. Ziehungstag, 26. Mai 1920.

4 Gewinne zu 10000 M		80929 181598	
4 Gewinne zu 8000 M		181192 194248	
78 Gewinne zu 8000 M		1807 1892 2787 5984 8888 42479 43187 74018 86771 88081 82091 72772 78736 77209 85493 88498 89867 94005 104717 108883 110705 112051 117205 124387 128124 128838 138919 141888 149002 156879 162610 171366 177448 192191 212261 219008 221409 224078 228788	
180 Gewinne zu 1000 M		1498 8010 9268 18495 18694 18400 18819 19888 22444 23788 27776 28408 30881 36799 44419 83986 84219 87898 84370 86231 70781 73890 78087 78242 84471 80833 88976 87192 87521 89441 89008 93986 94046 99901 99128 110849 115872 118888 119785 128841 128587 134992 140887 140842 148511 148827 150871 152487 153760 168982 189648 180288 180680 182897 188878 188979 174188 177708 177982 178247 181195 180850 189407 194638 198818 200480 202583 207151 208166 214224 214354 222158 229563 230295 230293 234 Gewinne zu 800 M 615 6946 11538 12988 13160 14388 14666 18868 18717 18950 19891 28119 23878 23986 24209 20369 20369 80728 80850 83720 38816 39529 42247 42284 43100 43249 46782 48248 50190 50897 51873 52883 54919 54360 57013 58783 59884 60471 63634 64261 68149 67017 70047 71678 73444 74956 78200 78273 81810 81874 83881 88819 87977 92004 93942 95436 98934 108791 105928 106246 107143 108989 110872 110620 114237 115827 118748 117780 119284 120887 122828 123941 131513 139822 138290 142035 143197 151124 152006 163287 168236 167016 187289 188400 180078 188885 188883 171082 171295 177730 181159 181570 186569 188610 188858 188288 188800 189888 192917 194778 199980 200090 203085 203074 209224 209988 212912 213183 216028 220761 223013 224718 227776 228781 228900 232786	

Am der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 40000 M		47511 309388	
4 Gewinne zu 10000 M		102760 220128	
6 Gewinne zu 5000 M		70761 173603 104821	
80 Gewinne zu 8000 M		9300 12016 21268 29283 34089 84086 87981 89300 40186 48384 53642 64828 68848 82628 83440 100784 107825 110409 111080 111855 112008 115998 123217 128798 131710 148044 149602 189145 198790 170308 170988 178049 187206 191896 198246 200250 212196 218985 228594 228448	
188 Gewinne zu 1000 M		488 808 1250 18263 17820 17840 22830 23404 24489 41693 42448 44202 47384 47390 47858 60642 60897 62738 64486 68488 68810 61805 64385 67860 67488 70128 70271 75389 77072 78395 78438 80128 81491 82830 92401 100600 101771 106622 108191 114802 118181 121124 122848 124721 128889 127318 128881 130744 138638 136144 138598 139037 140888 151888 158888 184322 188942 181788 184783 189841 170703 170847 171880 172880 178488 178151 178878 184178 188619 188248 188312 189480 191819 194688 196128 211788 214647 218295 221888	
190 Gewinne zu 500 M		2108 8378 8101 7068 8695 9373 11210 17860 20224 28424 38861 39862 39870 46841 48978 83228 80842 88888 84825 85000 87014 87842 87486 89828 72844 79921 81665 84889 84488 84883 88386 88386 88099 82748 96088 88078 100738 102387 103888 104818 104889 105110 107188 109368 109687 111870 114188 118189 124284 127146 128188 138738 140110 143300 152080 188400 189033 192184 187087 187841 187770 188841 174088 177040 178248 178881 181088 181171 180880 194878 197370 198478 199288 201411 202877 208874 204021 214776 214986 215223 216728 217082 217888 222882 228874 224881 226778 227062 228244 228456 229707 230426 231028 232878 232777	

Goldenes Rad von Magdeburg.

Das alljährlich auf der Radrennbahn Magdeburg stattfindende klassische Dauerrennen um das Goldene Rad von Magdeburg hat in diesem Jahre mit Müller, Krupat, Weiß und Thomas eine Besetzung gefunden, die den wohnhaftesten Radfahrerfreunden zufriedenstellen muß. Der vorjährige Sieger Paul Thomas hat in dem in Magdeburg populären Köhler Christian Müller sowie dem Westfahrer von Deutschland Franz Krupat und dem Frankfurter Jean Weiß Konkurrenten, welche ihm den Sieg nicht ohne schwere Kämpfe überlassen werden. Als Ersatz-Schrittmacher wird der Wiener Schrittmacher Bronner tätig sein, um bei eventuellen Motorchancen einprägen zu können. Gleichzeitig sei auf dieser Stelle noch auf die Fliegerrennen, welche von Westpreußenfahrer des Bundes deutscher Radfahrer betritten werden, aufmerksam gemacht. Die Rennen, welche am kommenden Sonntag stattfinden, beginnen um 1/4 Uhr.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Lemsdorf, Sudenburg, Reform

Kundeneintragen auch durch Drogerie Starkloff freundlichst erbeten.

Elbe-Kohlenkontor G.m.b.H.

Stadtgeschäft I Zentrum: 1124 Bahnhofstraße Tor 7. Tel. 1908

Großhandel: Magdeburg, Kaiserstr. 37

Stadtgeschäft II Lemsdorf-Sudenburg: Ecke Seehäuser u. Blankenburger Str. Tel. 621

Bekanntmachung.

Lebensmittelverteilung. 1. Auf Kartoffelkarte für Januar/August 1920 können in der Woche vom 31. Mai bis 6. Juni auf Marke 55 der Kartoffelkarte für Januar/August 3 Pfund Kartoffeln, auf Marke 56 4 Pfund Kartoffeln, auf Marke 57 5 Pfund Kartoffeln entnommen werden. 2. Ueber die Verteilung auf Fleischmärkten erfolgt besondere Bekanntmachung. 3. Auf Materialwarenkarte für Juni in der Zeit vom 3. Juni an: a) auf Marke 2: 1/2 Pfund Marmelade zum Preise von 3,70 Mark für das Pfund, b) auf Marke 3: 1 Pfund Obst. Die Marken haben bis zum 6. Juni Gültigkeit. 4. In der Zeit vom 3. bis 24. Juni gelangt zur Verteilung: a) auf Marke 8 für Juni der Lebensmittelkarte für Kinder in den Geschäften des Vereins der Schokoladen-Spezialgeschäfte 1/2 Pfund Kinder-Schokolade zum Preise von 2,20 Mark für das Pfund, b) auf Marke 9 für Juni der Lebensmittelkarte für Kinder in den Materialwarengeschäften 1 Pfund Obst. 5. In den amtlichen Butter-Verkaufsstellen gelangt vom Freitag den 4. Juni an folgendes zur Verteilung: a) auf Marke 1 (Eis) 100 Gramm Kofosfett zum Preise von 3,00 Mark für 150 Gramm, b) auf Marke 4 der Materialwarenkarte für Juni: 50 Gramm Anlaubbutter. Der Preis hierfür wird durch Ausschlag in den amtlichen Verkaufsstellen bekanntgegeben. Die Marken haben bis zum 11. Juni Gültigkeit. Außerdem gelangt in der Zeit vom 4. bis 17. Juni auf je 2 Materialwarenmarken Nr. 5 für Juni 1 Dose kondensierte amerikanische Vollmilch zum Preise von 3,75 Mark für die Dose zur Verteilung. 6. Für Suppen aus den Vollkornigen bzw. Vollkornigen in der Zeit vom 7. bis 12. Juni werden abgenommen: Für alle Personen Materialwarenkarte 3. Magdeburg, den 27. Mai 1920. Der Magistrat.

Allgemeine Ortskrankenkasse Burg b. M. Bekanntmachung.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die hiesigen Kassensätze ihre vertragliche Gültigkeit eingestiftet haben. Die Mitglieder werden ersucht, nur in den dringenden Fällen ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen und vorher Auskunft bei der Kasseneinrichtung einzuholen. Burg, den 27. Mai 1920. Der Vorstand. Menzel.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Schönebeck u. Umgegend. Zum Nerzte-Streit.

Seitens der Herren Kassendirektoren ist am 25. Mai d. S. von mittags 12 Uhr an das selbsterige Vertragsverhältnis mit der Kasse gelöst. Trotzdem erst am 12. Februar d. S. die Honorar- und sonstigen Bezüge für das Jahr 1920 neu festgelegt, erklärt man sich nicht mehr für gebunden und lehnt den von der Kasse gemachten Vorschlag auf Anruf des Schiedsamts ab. Man will keine Veränderung, sondern restlose Anerkennung der von Velziger Verband aufgestellten Forderungen. Dies würde den Ruin der Kasse bedeuten, dagegen müssen die Mitglieder sowie die Herren Arbeitgeber den Vorstand in seinen Maßnahmen schliessen. Nur im dringenden Falle nehme man ärztliche Hilfe in Anspruch. Vorbehaltlich anderer Verfügungen der Reichsregierung über die Aufsichtsbekämpfe ersuchen wir unsere Mitglieder, folgendes zu beachten: 1. Wer arbeitsunfähig ist, muß sich dies bescheinigen lassen; 2. über die gezahlten Honorarverträge verlange ein jeder Quittung, die die einzelnen Bezüge ausweist; 3. Verordnungen über Arznei und Heilmittel müssen der Kasse zur Abstempelung vorgelegt werden; 4. Man beachte ferner die in der Kasse gegebenen Verhaltensmaßnahmen. Der Vorstand. W. Labedof. E. H. Kühne.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Magdeburg.

Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3, L. - Geschäftsstunden: Werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr, 143 - Sonntags geschlossen. - Telephonruf 1912. Sonnabend den 29. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in Klein-Dietrichleben bei Schäfers Bezirks-Versammlung. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 143 Die Verwaltung.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsverwaltung Magdeburg.

Bureau: Kollenhagenstraße Nr. 3. Die Auszahlung der Unterstützung für die Kollegen unseres Verbandes der beiden Hauptwerkstätten, welche am 8. März noch arbeitslos waren, findet vom Montag den 31. Mai an unter Vorlegung des Mitgliedsbuchs sowie einer Bescheinigung über die Dauer der Arbeitslosigkeit, welche vom Arbeitsnachweis ausgestellt wird, in unserer Geschäftsstelle statt. 162 Die Ortsverwaltung.

300.00 Mark

zahlen wir demjenigen, der die Täter nachweist oder ermittelt, welche am Freitag den 28. d. M., früh 4 Uhr, von unserer Baustelle im Industriegebiet (Saalestraße) 9 Stoß Feldbahngleise je 5,0 m lang, 600 mm Spurweite, 65 mm hohe Schienen auf Stahlschwellen montiert, mittels Wagens und zwei braunen Pferden davon abgeföhren haben. 2013 Blume & König, Baugeschäft - Fuchsberg 3b. -

Bekanntmachung.

Eintragung in die Kundenlisten für den Verkauf von a) Kohlen an Haushaltungen, b) Grundföts an Haushaltungen. Diejenigen Haushaltungen, die ihre Eintragung in die Kundenlisten für den Verkauf von Grundföts oder Kohlen bisher nicht bewirkt haben, können dies noch bis 15. Juni bei den bekannten Grundföts- und Kohlen-Verkaufsstellen nachholen. 19 Magdeburg, den 27. Mai 1920. Der Magistrat.

Allgemeine Ortskrankenkasse f. Schönebeck u. Umg. Bekanntmachung.

Nachdem durch die Erweiterung der Versicherungsgrenze die Grundlohnstufe geändert, ersuchen wir die Herren Arbeitgeber, soweit dieselben Aufstellungen über die beschäftigten Personen und deren Lohnsätze bei der Kasseneinrichtung noch nicht eingereicht, dies unverzüglich nachzuboten, indem sonst gemäß § 530 d. R.-V.-D. Befristung eintreten muß. 1161 Der Vorstand. W. Labedof. E. H. Kühne.

Burg. Schwimmfest

Sonntag den 30. Mai, nachmittags 1/3 Uhr, in der städtischen Männer-Badeanstalt in unter Mitwirkung von Magdeburger Schwimmern. Statistenschwimmen - Springen - Wasserballspiel. Eintritt 1 Mk. Es ladet ein A.-W.-V., Kreis 4, Bezirk 2. 2001 Burg.

Friedrichsbad

Gernsdorfer 1857. Gernsdorfer 1857. Mit Genehmigung des Magistrats werden unsere beiden Schwimmhallen wegen Unwirtschaftlichkeit ab 2. Juni d. S. (letzter Betriebs-tag Sonnabend den 29. Mai) geschlossen. Die ruffisch-russischen, Licht-, Gell- und Wannenbäder bleiben in der bisherigen Weise geöffnet.

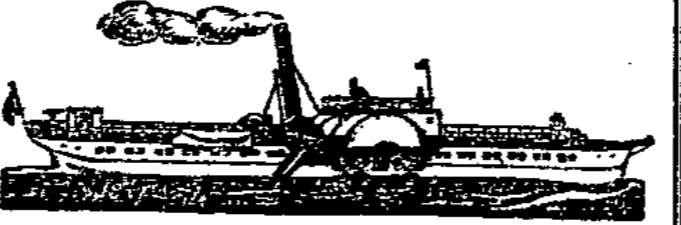
Bekanntmachung.

Ausgabe von Zucker für Monat Juni 1920. Gemäß Anordnung der Zuckerstelle für die Provinz Sachsen werden auf die Zuckerkarte für den Monat Juni, auf der die Bezugsmenge nicht angegeben ist, nur 625 Gramm Verbrauchszucker geliefert. Der Magistrat gibt aus Erparnissen weitere 125 Gramm Zucker, und zwar gegen Ablieferung der Marke 1 der Materialwarenkarte für Juni; diese Marke gilt zugleich als Kontrollkarte für die Provinzialzuckerwerke für Juni. Für Kinder bis zu 2 Jahren werden außerdem gegen Abrechnung der linken oberen Ecke des Stamines der Lebensmittelkarte weitere 125 Gramm Zucker verabfolgt. Dieser Abchnitt gilt für diese Karten gleichzeitig als Kontrollkarte für die Zuckerwerke der Provinzialzuckerwerke. Auf einzelne Marken allein darf keine Zuckerlieferung erfolgen. Die Materialwarenhandl. haben entgegen den bisherigen Bestimmungen sowohl die Provinzialzuckermarken als auch die Materialwarenmarken bzw. die Abchnitte der Lebensmittelkarte für Kinder in dem vorgeschriebenen Um Schlag an die Zuckerstelle des städtischen Lebensmittelamts, Gr. Schulstraße 1, Zimmer 16, vom 4. Juni an abzugeben. Die Marken müssen gemäß der bestehenden Vorschriften entwertet sein. 19 Magdeburg, den 27. Mai 1920. Der Magistrat.

Schönebeck. Am Sonnabend den 29. Mai, abends 8 Uhr, im „Stadtpark“

Oefftl. Volksversammlung!

Referent Ferdinand Bender (Berlin) Wählerinnen und Wähler, nicht die kurze Zeit zur Aufklärung, erscheint zahlreich in dieser wichtigen Versammlung. Was sozialdemokratische Wahlkomitee.



Die Gebühren der Hebammen

sind nach einem vom Staatsministerium veröffentlichten Befehl um 150 Proz. erhöht worden. 1276

Herr Wilhelm Adler.

Am 26. Mai verschied nach kurzem Krankenlager der Eisenbahn-Lademeister Herr Wilhelm Adler. Wir verlieren in ihm einen gerechten, vorgesetzten und treuen Mitarbeiter. Durch sein aufrichtiges Wesen bleibt er bei uns allen in dauerndem Andenken. 11996 Die Arbeiter der Güterabfertigung Magdeburg Hb.

Bekanntmachung.

Die festgesetzte Gemeinderedung für das Rechnungsjahr 1918 liegt innerhalb 2 Wochen, vom 29. Mai bis 12. Juni 1920, im hiesigen Gemeindebüro während der Dienststunden zur Einsicht der Gemeindeangehörigen aus. Gelegentlich, den 27. Mai. 1281 Der Gemeindevorsteher. Bastian.

Sonnabends Magdeburg-Schönebeck

ab Magdeburg 8.00 abends ab Schönebeck Sonntags 5.00 früh. 1282

Sonntags Magdeburg-Landschaftsdamm

ab Magdeburg 8.00 vorm., 2.00 nachm., ab Landschaftsdamm 11.30 7.30 ab Schönebeck 12.00 mittags, 8.00

Der am Sonnabend den 29. Mai, abends 8 Uhr, nach Schönebeck fahrende Dampfer fährt bin und zurück eine Kapellkapelle des Fuhrerregiments-Bataillon 4 an Bord. Otto Krietsch, Schiffahrtsgeschäft Magdeburg, Berkestraße 34. - Telephon 321.

Leberflecke, Warzen

entfernt reißlos. Reichspatent. sonst Geld zur. 10. 4. u. Porto. Sanitäts-Depot Halle (Saale) 134 k. 1283

Wer wandern will

28 Ausflüge in die Umgebung Magdeburgs nach eigenen Wanderungen gesichert und mit Karten versehen von J. Seimberg. Preis M. 2.40 empfiehlt Buchhandlung Volksstimme

Lutje Schmidt

geb. Köppe im 54. Lebensjahre, 1985 Magd.-Sudenburg, 28. Mai. Gustav Schmidt nebst Kindern. Die Beerdigung findet Sonnabend mittags 12 Uhr von der Kapelle des neuen Sudenburger Friedhofs aus statt.

Gerade

weil die Stiefel so tener sind, darf man zur Pflege nur das anerkannt beste nehmen und das ist

Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

